

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon #...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkova nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 9. März 1923.

Nr. 56.

Politische Komödianten.

Journalistische Lumpereien.

Wieder einmal haben die Kommunisten den Gipfelpunkt von Gemeinheit erklimmt. Mit ihren großmäuligen Phrasen sind sie wieder einmal in eine finstere Sackgasse geraten. Da sie nun nicht weiterkönnen, der Gegensatz zwischen ihren verlogenen Revolutionsansagen und ihrer Ohnmacht, die sich mit tschechisch-nationalem Opportunismus paart, kraß in Erscheinung tritt, beginnen sie, wie von Sinnen, zu lügen.

Wir sind sonst keine Freunde starker Worte, mit festen Nerven und harter Haut gegen alle Gegner gerüstet, aber auf die Häufung journalistischer Niedertracht, die in den letzten zwei Nummern des „Vorwärts“ anzutreffen ist, muß eine kräftige Antwort erfolgen. Unsere Darstellung der Tatsachen wird und muß jedem Menschen klar ins Bewußtsein bringen, daß die durch den „Vorwärts“ verbreiteten Lügen gegen unsere parlamentarische Vertretung aus schmutzigen Fingern gejoget, eine entsprechende Zurückweisung herausforderten.

Als die Beratung des Schutzgesetzes unmitttelbar bevorstand, wandten sich die Vertreter des Klubs der Abgeordneten der kommunistischen Partei wiederholt an Funktionäre unseres Klubs mit dem Ersuchen, dahin zu wirken, daß ein einheitliches Vorgehen aller oppositionellen Parteien des Abgeordnetenhauses im Abwehrkampf gegen das Schutzgesetz zustande kommt. Dieser kommunistischen Anregung folgend, fand vor der Beratung des Schutzgesetzes im Verfassungsausschuß, im Lokal der deutschdemokratischen Freiheitspartei, eine Sitzung von Vertretern aller deutschen Parteien, die den früheren deutschen parlamentarischen Verband bildeten, unseres Klubs und der Kommunisten (Kreibich, Schmeral, Burian) statt, in der in längerer Beratung vorläufig über die einheitliche Taktik der Opposition im Verfassungsausschuß beraten wurde und in der die Vertreter aller Parteien (also auch die Kommunisten) die Vorschläge für das einheitliche Vorgehen im Ausschuß zur Berichterstattung an die Klubs übernahmen. Ueber den Verlauf dieser Sitzung können die Vertreter unseres Klubs nicht berichten, weil sie sich zur Vertraulichkeit der Beratungen verpflichteten. Wenn alle Teilnehmer an dieser Sitzung, insbesondere Schmeral, Kreibich und Burian, unsere Genossen zur Veröffentlichung eines Sitzungsberichtes bevollmächtigen, werden die kommunistischen Arbeiter Ohren und Augen aufreißen, wenn sie erfahren, wie die Kommunisten in dieser Sitzung über die Kampfmittel dachten, die sie später anwenden. Doch damit müssen wir also warten, bis Schmeral, Kreibich und Burian uns auf diese präzise Frage eine ebenso unzweideutige Antwort gegeben haben.

Tatsache, die jedermann kennt und also genau nachprüfen kann, ist, daß als Ergebnis der vorerwähnten Beratung alle Parteien, die daran teilnahmen, also auch die Kommunisten, sich nur an der Generaldebatte im Verfassungsausschuß beteiligten, worauf alle Oppositionsparteien, einschließlich der Kommunisten, den Ausschuß verließen. Darüber schrieb der „Vorwärts“ am 25. Februar im Leitartikel:

In der Geschichte des tschechoslowakischen Parlaments konnte man schon mehrmals beobachten, daß die oppositionellen Parteien es abgelehnt haben, an den Beratungen irgendwelches Gesetzentwurfes mitzuarbeiten. Aber noch nie hatte sich die politische Lage so scharf zugespitzt, als bei der gegenwärtigen Durchberatung des Regierungsentwurfes des Ausnahmengesetzes. Sämtliche Oppositionsparteien sind während der allgemeinen Debatte im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Koalition unter keinen Umständen gewillt ist, an der unerhörten Regierungsvorlage wesentliche Änderungen vorzunehmen. Somit hielten es die oppositionellen Parteien für überflüssig, an den weiteren Beratungen teilzunehmen und verließen die Ausschußsitzung, um der Regierungskoalition die vollste Verantwortung

Französischer Vandalismus.

Furchtbare Verwüstungen im Volkshaus in Herne.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Bei der Besetzung des Volkshauses in Herne sind die Franzosen in unverantwortlicher Weise vorgegangen. Als sie Sonntag das Haus räumten, bot es eine einzige Stätte der Verwüstung dar. Das Inventar an Gläsern und Beleuchtungskörpern ist verschwunden, die Kulissen des Bühnenraumes sind verheizt worden, aus den Klappstühlen sind die Sitze herausgebrochen, die Gasöfen sind total ausgebrannt. Die Zähler für Gas und Elektrizität zeigen einen Verbrauch im Werte von acht Millionen Mark an. Die Aborte sind in ekelregendem Zustande. Das Volkshaus war nach der Revolution unter schweren Opfern erbaut worden und gehörte der „Vereinigten Sozialdemokratie“. Die Arbeiter von Herne sind über das vandalistische Vorgehen der Truppen äußerst erbittert.

Der französische Vormarsch.

Mannheim, 8. März. (Wolff.) Die Franzosen haben gegen halb 3 Uhr nachmittags in einer Stärke von 120—130 Mann bei Rheinfähre den Rhein überschritten. Sie besetzten den Hafen von Rheinau, einer Vorstadt von Mannheim. Ueber die Besetzung Dortmunds melden die Blätter: Mit der Besetzung des Hauptbahnhofes Dortmund ist der wichtige Eisenbahnknotenpunkt, der für den Verkehr von und nach dem besetzten Deutschland noch in Frage kam, stillgelegt worden. Heute mittags sind die in Dortmund eingedrungenen französischen Truppen in der Richtung Scharnhorst wieder abgezogen. Nach der Vertreibung oder Festnahme der Dortmunder grünen Polizei ist die Stadt ohne jeglichen Schutz. — Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist gestern in Bochum eine Kompanie Marokkaner eingedrückt. Der Magistrat der Stadt Bochum, die nunmehr seit über einer Woche durch die Straßenabsperzung von der Außenwelt abgeschlossen ist, hat an den General gegen die Hungerblockade protestiert. Der Magistrat will sich ferner an den amerikanischen Botschafter in Berlin

mit einem Proteste wenden. — Der Bahnhof Langendreer ist im Laufe des gestrigen Tages von den Franzosen wieder geräumt worden. 4 Lokomotiven, 160 Kofe- und Kofstewagen und über 50 leere Waggons wurden während der Besetzung als Beute abgefahren. Auch die Bahnhöfe Bochum-Nord, Weimar und Laer sind wieder geräumt worden. — Außer dem Nachrichtendienst haben die französischen Behörden neuerdings auch einen Funddienst eingerichtet. An den belebtesten Stellen der Stadt Essen sind große Tafeln aufgehängt oder Tafeln, wie sie in den Schulen gebräuchlich sind, aufgestellt worden, an denen in deutscher und französischer Sprache die neuesten Nachrichten veröffentlicht werden. — Gestern wurde der Bahnhof Dornap bei Elberfeld besetzt. In Wiesbaden wurden heute zwei sozialdemokratische Stadtverordnete und ein sozialdemokratischer Parteisekretär ausgewiesen. — Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte einen Landrat wegen Verstoßes gegen die Verordnungen der Rheinlandskommission zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe, und einen Postdirektor, der einen französischen Befehl nicht ausführte, zu einem Jahr Gefängnis.

Die Pläne der Münchner Hochverräter.

Rege Beziehungen zum ehemaligen französischen Gesandten.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die Münchener hochverräterischen Umtriebe scheinen einen ernsteren Charakter zu haben als man anfangs glaubte. Die Führer hatten rege Beziehungen zu dem früheren französischen Gesandten. Es bestand der Plan, Bayern mit Oesterreich zu einem katholischen Sonderstaat zu vereinen, der ein Gegengewicht gegen das protestantische Preußen bilden sollte. Obwohl die Franzosen kaum eine Monarchie wünschen dürften, steht fest, daß die Putschisten enge Beziehungen zum bayerischen Königshause haben. Auf größere Kreise scheint die Verschwörung nicht übergreifen zu haben. Mehr ist von seinem Posten als Präsident der vaterländischen Vereine zurückgetreten.

für das Zustandekommen dieses Schandgesetzes zu überlassen. Auch die Vertreter des kommunistischen Abgeordnetenklaubs entfernten sich aus der Sitzung und behielten sich vor, ihre Änderungs- und Ergänzungsanträge in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vorzubringen. Die slowakischen Autonomisten (Volkspartei) erklärten ebenfalls schriftlich ihr Einverständnis mit der Taktik der oppositionellen Parteien.

An einer anderen Stelle desselben Artikels heißt es weiter:

Gleich, nachdem die Opposition den Sitzungssaal des Verfassungsausschusses verlassen hatte, hat es sich gezeigt, wie recht unsere kommunistischen Abgeordneten getan haben, daß sie es abgelehnt hatten, an dieser traurigen Komödie weiter teilzunehmen. Denn die Koalition hat die Masse fallen lassen und enthüllt, warum sie früher die Ergänzungs- und Änderungsanträge nicht zur Abstimmung gelangen lassen wollte. Sie bildete nämlich aus dem Verfassungsausschuß heraus ein jedestündiges Konventikel, das sie beauftragt hat, die Anträge „durchzuarbeiten“. Die Koalition vertraut die ihr unliebsten Sachen sehr gerne geheimen fünf- oder höchstens zehngliedrigen Ausschüssen an, deren Verhandlungen protokollos gar nicht aufgenommen werden und die nur dazu dienen, um den „unerwünschten“ Anträgen ein unauffälliges Begräbnis dritter Klasse vorzubereiten!

Wird dorthin war also launigerecht, wenn man die Ausdrucksweise des „Vorwärts“ gebrauchen will, eine „Einheitsfront“ bestehend aus allen deutschen und magyarischen Bürgersichen, der slowakischen Volkspartei, den deutschen Sozialdemokraten und den Kommunisten.

festzustellen, daß die „besseren“ Herren, unter ihnen z. B. Schmeral, Kreibich, Burian, sich nicht dazu herabließen, so wie das gewöhnliche Klubvolk, Pfeifeln und Glocken mitzubringen und damit zu lärmen, auch sonst versicherten sie es sich nicht mit dem mächtigen Kommandanten über die Parlamentspolizei am Präsidentenstuhl, ließen es auf den Ausschluß aus der Sitzung nicht ankommen. Die tapferen Kommunisten schlugen auf die Pultdeckel, schrien und handhabten ihre Lärmwerkzeuge. Gewöhnlich stürmen bei aufgeregten Szenen die Abgeordneten aus ihren Bänken, was freilich stets Kaufhandel zur Folge hatte. Die „wütenden“ Kommunisten blieben hübsch vorsichtig und solid auf ihren Plätzen sitzen, damit sie nicht allzuviel riskieren. Ein ausgeglichener kommunistischer Abgeordneter entfernte sich in Begleitung eines Parlamentswachmannes friedlich und freundlich. Sehr gestützt, wohl stillisiert, wie vom besten Kinooperateur vorbereitet, vollzog sich der größte Teil des „Kampfes“. Wohl hatten etwa fünf Kommunisten sich gewehrt, drei wurden aus dem Saale teils getragen, teils geschleift — das bleibt eine Schande des tschechoslowakischen Parlamentarismus! Imposant war dann der Marsch und kurz darauf — da das Parlament geschändet war — wieder der korporative Einzug der Kommunisten, um die für die Koalitionsparteien so notwendige „sachliche“ Mitarbeit an dem famosen Schutzgesetz eine zeitlang zu leisten. Schließlich waren sie nach längerem Hin- und Herpapieren zu demselben Ergebnis gekommen, wie die deutschen Sozialdemokraten, nämlich sich aus dem Saale zu entfernen. Abg. SelaL erklärte, nach dem Bericht des „Vorwärts“, die Kommunisten werden nur der Gewalt weichen. Seit wann sind die Kommunisten, die drei Jahre lang nur die Gewalt als den Befreier des Proletariats gepredigt hatten, zu dieser Erkenntnis gelangt? Genau so lange als für sie die „Schwaghude“ zum einzigen Schauplatz revolutionärer Kämpfe geworden ist.

Die Kommunisten haben wieder die Front gewechselt. Statt gegen die reaktionäre Regierung und ihre Gewalttaten ziehen sie jetzt tapfer — gegen die deutsche Sozialdemokratie los. Ihre einzige Waffe, die sie verwenden, ist die — Verleumdung. Für die blamierten Abgeordneten springt jetzt der „Vorwärts“ in die Bresche, der die Verneintheit bezeugt, sich als Wortführer des revolutionären Proletariats aufzuspielen. Von den tschechischen Kommunisten wollen wir jetzt, in diesem engen Zusammenhang nicht reden, wer aber, so genau wie wir, die Leute kennt, die den „Vorwärts“ zusammenschmierern, der kann ob der Behauptung des „Vorwärts“, die deutschen Sozialdemokraten hätten eine „würdige Opposition“ gegen das Schutzgesetz gemacht, weil es sich „ohnehin nur gegen das revolutionäre Proletariat richtet“, nur sagen: Das ist eine Lumperei. Der „Vorwärts“ behauptet, es ist ihm nicht bekannt, welche Zusagen unsere Partei für ihr Verhalten von der Koalition erhalten hat. Ist das nicht die Methode sich müßiger Verleumder?

Wenn schließlich der „Vorwärts“ meint, die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wollten zeigen, daß sie mit den Kommunisten „nichts gemein“ haben, sich mit ihnen nicht „beflecken“ wollen, so antworten wir darauf: die politischen Verhältnisse brachten bisher unsere Partei im Parlamente, in der Opposition, oft und oft neben die Kommunisten und andere Gruppen. So wird es wohl auch in Zukunft sein. Doch diese politische Notwendigkeit wird und muß weiter fortbestehen, der parlamentarische Betrieb bringt es selbstverständlich mit sich, daß Abgeordnete verschiedener Parteien miteinander verhandeln müssen. Kommunistische Abgeordnete haben aus rein persönlichen und menschlichen Gründen nicht den traurigen Mut, solche niederträchtige Verleumdungen vorzubringen, die in die Welt zu setzen die Aufgabe der Redaktion des „Vorwärts“ zu sein scheint, der wir hiermit die verdiente Antwort gegeben haben, ohne uns mit ihr zu „beflecken“.

Worum bestanden nun die Heldentaten der kommunistischen Abgeordneten? Zunächst ist

Zerstörer Imperialismus.

Die Franzosen und die Belgier haben mit der Besetzung des Ruhrgebietes beabsichtigt, Deutschlands Wirtschaft einen so schweren Schlag zuzufügen, daß Deutschland jede von Frankreich aufgestellte Bedingung annimmt. Der Fortgang der Ereignisse zeigt wohl, daß Deutschlands Wirtschaft schwer geschädigt ist, daß Deutschlands Staatsfinanzen dadurch aus dem Gleichgewicht gebracht werden, daß die deutsche Mark in ungeahnte Tiefen herabzusinken droht, aber gleichzeitig wird auch erwiesen, daß man die Wirtschaft eines anderen Landes nicht schädigt, ohne seine eigene Wirtschaft zu schädigen, daß die Volkswirtschaft der verschiedenen europäischen Länder innig miteinander zusammenhängt und sich eine Störung des Wirtschaftslaufes im Wirtschaftsleben eines Staates sofort auch in dem Wirtschaftsorganismus des anderen Staates fühlbar macht.

Während Frankreich früher zwei Millionen Tonnen Kohle aus Deutschland monatlich bezog, wovon einen großen Teil die Kokslieferanten bildeten, die Frankreich zum Betriebe seiner Erzhitzen braucht, fehlt der französischen Hüttenindustrie nunmehr der deutsche Koks. Im Laufe des Monats Jänner wurden in Frankreich wegen Koksmanget 26 Hochöfen ausgedient, ohne seine Koksenerzeugung in Frankreich beizubehalten im Jänner um 27.078 Tonnen weniger als im Dezember 1922, die Stahlerzeugung um 8896 Tonnen weniger. Infolge des Ausbleibens der deutschen Kohlenlieferungen stieg der Preis der Kohle von 95 Francs im Dezember Anfang März auf 198 Francs, also auf das Doppelte. Dieser Produktionsrückgang macht sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt geltend, der gegenwärtig ein langsames Ansteigen der Arbeitslosigkeit aufweist. Die Besserung der Konjunktur, die sich auch in Frankreich Ende 1922 bemerkbar machte, ist durch das Ruhrabenteuer unterbrochen worden. Insbesondere schwerer leidet die lothringische Industrie unter den so entstandenen Schwierigkeiten und die dortigen Fabrikanten waren bereits bei Valenciennes um Hilfe zu rufen.

Ebenso schwer ist das Wirtschaftsleben Belgiens betroffen. In der belgischen Eisenindustrie macht sich das Ausbleiben von deutschem Koks und deutscher Kohle stark bemerkbar. Die großen Stahlwerke in Thy-le-Chateau haben die Abnehmer benachrichtigt, daß sie in Anbetracht der durch die Ruhraktion eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Ausführung der angenommenen Aufträge eine Garantie nicht übernehmen können. In den Holzwerken, die Stabeisen herstellen, werden Bestellungen nicht mehr entgegengenommen, da die Rohstoffe, die diese Werke aus Luxemburg bezogen, ausbleiben. Die große Glasfabrik in Braine-le-Comte hat infolge Kohlenmangels ihren Betrieb geschlossen, weil sie aus Deutschland keine Kohlen bekommen und die englische Kohle noch nicht eingetroffen ist. Ebenso wird in Luzemburg, das mit Belgien durch eine Zollunion verbunden ist, ein Hochföfen nach dem anderen ausgeblieben.

Aber auch die neutralen Staaten leiden schwer unter den Folgen des französischen Vorgehens im Ruhrgebiet. In Dänemark ist der Gesamtwert der Preise vom Jänner, da er 192 betrug, auf 192 im Februar gestiegen, was die höchste Jandeziffer seit Oktober 1921 darstellt. Das Steigen der Jänder wird hauptsächlich auf das Steigen der Kohlen- und Eisenpreise zurückgeführt, was eine Folge der Ruhrbesetzung ist. Auch in der Schweiz sind die Kohlenpreise gestiegen, weil die Kohlenversorgung des Landes bedroht ist. Die schweizerischen Maschinenindustriellen beklagen sich darüber, daß sie keine Rohstoffe und Halbfabrikate bekommen und daß deshalb große öffentliche Arbeiten stillgelegt werden müssen. Gleich Frankreich droht der Schweiz aus der Ruhraktion steigende Arbeitslosigkeit.

Von den furchtbaren Folgen, die die Ruhrbesetzung für Deutschland darstellt, brauchen wir nicht ausführlich zu sprechen. Deutschland muß darauf verzichten, den größten Teil der Kohlen, die es zur Fortführung seiner Industriebedürfnisse braucht, im Inland aufzutreiben und ist auf den Kohlenbezug aus dem Ausland angewiesen. Die Förderung im Ruhrgebiet selbst, die im Jänner 1923 12.160.000 Tonnen betragen hat, ist im Jänner 1923 auf 1.730.000 Tonnen gesunken! Die ausländische Kohle muß Deutschland in fremder Valuta bezahlen, wodurch die deutsche Mark in ihrem Werte bedroht ist, die ganzen Steuern des Ruhrgebietes entziehen der deutschen Finanzverwaltung, furchtbare Teuerung und Arbeitslosigkeit laßt auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands.

So sind die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung eine katastrophale Schädigung der europäischen Wirtschaft. Nach dem großen Zerstörungswerk, das der Weltkrieg an der Weltwirtschaft vollzogen hat, wird dem geschwächten europäischen Wirtschaftskörper neues Blut entzogen. Wenn sich die an dem Ruhrkonflikt beteiligten Staaten, sowohl Frankreich als auch Deutschland wirtschaftlich nicht zugrunde richten wollen, dann bleibt kein anderer Ausweg als zu Verhandlungen zu schreiten. Diese Verhandlungsleistung ist einstweilen nur bei den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs, Englands und Belgiens vorhanden. Je früher die Regierung der gegen einander einen Wirtschaftskrieg führenden Staaten sich zu der Erkenntnis durchringen, daß die Frage der Reparationen nicht mit Gewalt, sondern einvernehmlich geregelt werden kann, desto geringer werden die Zerstörungen sein, die jeder Staat an seiner eigenen Wirtschaft anrichtet. Die wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit sowohl

Deutschlands als auch Frankreichs wird sich gegenüber dem Säckelrasen der französischen Imperialisten und dem Revanchegedächtnis deutscher Diktatoren durchsetzen. Den Weg zur Verständigung muß Deutschland betreten, dadurch, daß es sagt, wie es das Reparationsproblem zu lösen gewillt ist und Frankreich muß sagen, was es aufgrund der Wirtschaftslage Deutschlands verlangt und verlangen kann.

Abgeordnetenhaus.

Die Räteleute haben es mit den Ausnahmestellen sehr eilig gehabt: sie haben die letzte Beratung entgegen der ursprünglichen Absicht so ausgedehnt, daß in derselben Sitzung, in der die Debatte über die einschneidenden Vorlagen begann, auch schon abgestimmt wurde. Die Rätegenerale hatten Angst, es könnte das Beispiel Verbenstns Schule machen, denn die Unzufriedenheit mit der Oligarchen Herrschaft in der Koalition ist auch in anderen Parteien sehr groß. In der gestrigen Sitzung wurde die Vorlage über den „Schutz“ der Republik und über den Staatsgerichtshof in zweiter Lesung von 108 Koalitionsabgeordneten (einschließlich der fünf Minister) angenommen und damit vom Abgeordnetenhaus verabschiedet. Die Parlamentswache kann nunmehr in den Senat überföhren.

195. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. Die Abgeordneten sämtlicher oppositioneller Parteien sind abwesend. Der Präsident verliest eine Zuschrift des Klubs der tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten des Inhalts, daß die Abgeordneten Bartosel, Drazl, Vanda-Sich und Dr. Brdensky aufhören, Mitglieder des Klubs zu sein.

In zweiter Lesung werden die Gesetzesvorlagen über den Schutz der Republik und den Staatsgerichtshof angenommen. Sodann wird die Vorlage, mit der das Gesetz vom 19. März über die Verfolgung der geheimen Ausfuhr von Bedarfsgegenständen ins Ausland aufgehoben

wird, in Verhandlung gezogen. Der Berichterstatter des Ernährungsausschusses Botruba und der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Abgeordneter Dr. Medvedsky erklären, daß Waren aller Art in genügender Menge vorhanden sind und daß daher zur völligen Aufhebung des Gesetzes geschritten werden kann. Die Vorlage wird in erster Lesung debattelos genehmigt.

Der Vorsitzende Tomasek erklärt, daß es nötig ist, eine neue Sitzung einzuberufen, um das Telegraphengesetz auf die Tagesordnung setzen zu können. Es erübrigt sich so die Abhaltung der Samstagssitzung und die morgige Sitzung

werde die letzte der Session sein. Schluß der Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten.

196. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 55 Minuten vor-mittags. Im Beratungssaal findet sich die Abgeordneten sämtlicher deutscher Parteien und der slowakischen Volkspartei ein.

Zunächst wird das Gesetz über die Aenderung der Konkurs- und Ausgleichsordnung

in Beratung gezogen. Der Berichterstatter des Gewerbausschusses Abgeordneter Berschl erklärt, daß das bisher geltende Gesetz vor dem Kriege eine Erleichterung für Geschäftsleute, die ohne eigene Schuld das finanzielle Gleichgewicht verloren, bedeutet habe. Nach dem Kriege aber wurde das Gesetz zu Spekulationszwecken ausgenutzt. Durch das neue Gesetz wird den spekulativen Versuchen entgegengetreten, da der Ausgleichsbetrag von den bisherigen 25% auf 35% der Forderungen erhöht wird. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Dr. Matoušek schlägt sich diesen Ausführungen an, worauf die Vorlage in erster Lesung unverändert angenommen wird.

Das Haus behandelt sodann den Regierungsantrag durch den der Nationalversammlung die Protokolle über die Aenderungen des Böhmerbundesvertrages, die in Genf am 5. Oktober 1921 beschloffen wurden, zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieser Antrag, sowie das Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, bei wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen im Sinne des Artikels 16 des Böhmerbundesvertrages den Verordnungsweg zu gebrauchen, wird von der Koalition nach Erstattung der Berichte debattelos genehmigt.

Zum Schluß wird der Regierungsantrag über den Vertrag über die gegenseitige Rechtshilfe der Tschechoslowakei und Deutschlands

in Beratung gezogen. Der Berichterstatter des Außen Ausschusses Abgeordneter Dr. Hudec führt an, daß dieser Vertrag nur die Fortsetzung der Regelung der gegenseitigen Rechtsverhältnisse beider Staaten bedeute. Er begründet die Notwendigkeit des Gesetzes mit Rücksicht auf die bedeutende Anzahl der Gesuche beider Staaten um Auslieferung von Verbrechern und macht darauf aufmerksam, daß sich der Vertrag bloß auf Verbrechen und Vergehen bezieht. Straftaten politischer Natur und solche, die bloß vom militärischen Strafgesetzbuch verfolgt werden, sind aus dem vorliegenden Vertrag ausgenommen. Nach Annahme auch dieses Vertrages wird die Verhandlung der Tagesordnung unterbrochen. Schluß der Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.

Auf der Tagesordnung der nächsten, heute Freitag um 1/2 10 Uhr vormittags stattfindenden Sitzung befinden sich die zweiten Lesungen der in der gestrigen Sitzung angenommenen Vorlagen, das Telegraphengesetz und der Antrag des Abgeordneten Rierhut auf Errichtung eines Ausschusses für Bodenreform.

Die tschechisch-sozialistische Partei gespalten.

Ausschluß der Opposition.

Gestern nachmittags um drei Uhr trat der Vollzugsausschuß der tschechischen nationalsozialistischen Partei zusammen, um sich mit dem Vollzugsausschluß zu beschäftigen. — Der Vollzugsausschluß nahm einen Antrag des Klubobmannes Slavicek mit 25 : 5 Stimmen, demzufolge die vier oppositionellen Abgeordneten aus der Partei ausgeschlossen wurden, an. Ueber die Ausschließung jedes Abgeordneten wurde einzeln abgestimmt. Nach der Abstimmung erklärten die Redakteure Borek und Dauda, weiters die Vollzugsausschlußmitglieder Jug. Stych und Frau Hrdlicka, daß sie sich mit den ausgeschlossenen solidarisch erklären. Redakteur Dauda drohte hierbei mit der Sammlung von Material und skandalösen Enthüllungen über die Parteidirigenten. Der Vollzugsausschuß schloß daher auch diese vier ohne Debatte aus.

Beachtenswert ist es, daß bei der Ausschließung der vier Abgeordneten aus dem Klub die Abg. Patejdl und David gegen die Ausschließung stimmten und der Abg. Hrusovsky abhielt. Gegenüber der Meinung der „Tribuna“, die davon gesprochen hatte, daß hinter Brdensky 70 Organisationen des Bwweiser Gebietes und ein Teil der mährischen und schlesischen Partei stünde, wird von tschechisch-nationalsozialistischer Seite erklärt, daß dies nicht der Wahrheit entspreche und daß auch die sogenannten „linken“ Organisationen das Vorgehen Brdenskys mißbilligten. Tatsache aber hingegen ist, daß sich z. B. eine Sonntag in Duz abgehaltene Konferenz der nationalsozialistischen Partei für die Politik Brdenskys entschied. Hiezu wird berichtet, daß die Partei eine Desavouierung eines Beschlusses herbeizuföhren versuchen werde. Weiter steht die Führung der tschechischen nationalsozialistischen Partei auf dem Standpunkte, daß sich die vier Abgeordneten dadurch, daß sie ohne Zustimmung des Klubpräsidenten bei anderen Klubs für ihre Anträge Unterschriften gesammelt haben, einer unehrenhaften Handlungsweise schuldig gemacht hätten; daher müßte die Partei die Klage beim Wahlgerichtshof auf Anerkennung der Mandate überreichen.

Die nationalsozialistischen Jugendlichen Großpraga haben gestern eine Kundgebung beschloffen, in der sie die überstürzte Tat der vier Abgeordneten bedauern und beurteilen, da diese den Sozialismus geschädigt hätten. Die Jugend werde der alten Partei treu bleiben und in dieser ihren sozialistischen Standpunkt verteidigen, um die Hoffnungen des Proletariats auf eine Aenderung der Gesellschaftsordnung zu erfüllen. Am Schluß der Kundgebung heißt es: „Wir wollen, daß unsere Partei eine konsequente, sozialistische Politik verfolgt.“

Das „Ceske Slovo“ veröffentlicht eine ganze Reihe von Kundgebungen der Parteiorganisationen, die sich natürlich alle gegen Dr. Brdensky richten. Kennzeichnend ist, daß unter diesen zustimmenden Kundgebungen die einiger der größeren Gewerkschaftsorganisationen der Nationalsozialisten fehlen.

Senator Klose erklärte, daß sich die Partei nicht von der Landa-Sich terrorisieren lasse. Diejenigen aber, die ihr zum Intention auf die Partei die Hand gereicht hätten, sollten sich heute wenigstens so verhalten, wie Masaryk im Jahre 1893, welcher, als er sich mit der junatschischen Führung der Wiener Parlamente nicht einigen konnte, einfach das Mandat niederlegte. Es ist eine traurige Erscheinung, daß die Abgeordneten der Gruppe Brdensky, unter denen sich Dr. Bartosel nur durch Zufall befinde, seine Partei verlasse. Diese würde aber auch ohne die vier Abgeordneten für das Wohl der Republik und des arbeitenden Volkes weiter arbeiten.

Abg. Hudec schreibt im „28. Rijen“ u. a.: Die vier Abgeordneten haben durch ihr radikales Auftreten und andererseits durch die unentschiedene Haltung der bisherigen Parteipräsidenten einen entscheidenden Einfluß erlangt und die Partei in eine Politik zu drängen versucht, die den alten Nationalsozialisten unangenehm zu werden begann. Abg. Hudec sagt, daß die taktische Position dieser Dissidenten sehr gut sei. Die Linke sei mit Forderungen aufgetreten, die auch den rechtsgerichteten Parteimännern sympatisch sein könnten. Dr. Bartosel habe ausdrücklich erklärt, die Kundgebung bedeute keineswegs eine Opposition gegen die Staatsnotwendigkeiten, die Opposition sei nur gegen die Methoden aufgetreten, durch die ein Abgeordneter der Regierungsmehrheit zum Stimmautomaten erniedrigt werde.

Abg. Hudec schreibt im „28. Rijen“ u. a.: Die vier Abgeordneten haben durch ihr radikales Auftreten und andererseits durch die unentschiedene Haltung der bisherigen Parteipräsidenten einen entscheidenden Einfluß erlangt und die Partei in eine Politik zu drängen versucht, die den alten Nationalsozialisten unangenehm zu werden begann. Abg. Hudec sagt, daß die taktische Position dieser Dissidenten sehr gut sei. Die Linke sei mit Forderungen aufgetreten, die auch den rechtsgerichteten Parteimännern sympatisch sein könnten. Dr. Bartosel habe ausdrücklich erklärt, die Kundgebung bedeute keineswegs eine Opposition gegen die Staatsnotwendigkeiten, die Opposition sei nur gegen die Methoden aufgetreten, durch die ein Abgeordneter der Regierungsmehrheit zum Stimmautomaten erniedrigt werde.

Gegen den Geist und die ausdrückliche Gesetzesbestimmung (der Abgeordnete darf nach der Verfassung keine Anweisungen erhalten) sei es einem Abgeordneten der Mehrheit verboten, Aenderungsanträge im Parlamente zu überreichen. Das Vorgehen der vier Abgeordneten werde allgemein (hypothetisch) berühren und von vielen Seiten wurde auch das bemerkt.

Inland.

Schimpfen und verleumben. Die alte Taktik der Kommunisten.

Mit der täglichen Beschimpfung, mit täglich wiederholten, bewußten Verleumdungen der Sozialdemokraten haben die Kommunisten vor bald drei Jahren ihre politische Laufbahn begonnen. Es steht noch gut in unfer aller Erinnerung, wie die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie nach der Spaltung der Partei durch die Kommunisten von diesen als „Verräter“ beschimpft und als die gefährlichsten „Kopfschmerzer der Bourgeoisie“ verleumdet wurden. Das ging so ein Jahr, vielleicht auch etwas darüber. Inzwischen waren sich die kommunistischen Arbeiter zum großen Teile darüber klar geworden, daß die Versprechungen ihrer Führer, die ihnen da Tag für Tag Weltrevolution, Diktatur, Arbeiterregierung usw. immer schon für den kommenden Morgen versprochen hatten, eitel Demagogie gewesen waren, und daß die Beschimpfungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner nur der Höder hätten sein sollen, mit welchem man unzufriedene, weil ungebildete Arbeiter, jagen wollte. Die Erkenntnis der kommunistischen Politik der Demagogie und Lüge brachte die Köpfe der irreführten Arbeiter immer mehr zur Ernüchterung und in breiten Scharen verließen sie diese Partei, um sich entweder wieder in ihr altes sozialdemokratisches Lager zu gesellen oder um — und selber waren dazwischen viele — angeekelt von der politischen Kampfweise der Kommunisten, der Politik überhaupt den Rücken zu kehren. Der Rest, der bei den Kommunisten verblieb — wie sprechen hier vorwiegend von den deutschen Kommunisten — wurde durch täglich neue Parolen in dem Glauben erhalten, daß ihre Partei dennoch eine Lebensberechtigung, einen Weg und ein Ziel habe. Da aber mit Aufwachen und Parolen, mit mitschlüßlichen Aktionen und opherreichen, erfolglosen Russischen Massenbewegungen Arbeiter nicht zufrieden gestellt, viel weniger neue Anhänger gewonnen werden können, müssen die Kommunisten jetzt, wo sie gesumpfen sind, Schritt für Schritt wieder in den Bahnen der sozialdemokratischen Politik und Taktik zu marschieren, ihre besondere „Bedeutung“ den Arbeitern vorzugaukeln versuchen. Darum der „revolutionäre Plan“, mit dem sie in der Parlamentsstimmung am Dienstag die Putschdekret zerschlugen, darum ihr plötzlicher Entschluß, von der Taktik der deutschen Sozialdemokraten, die sie in dieser Frage bis zu diesem Augenblick geteilt hatten, abzuweichen. Sie sind davon abgewichen, nicht etwa, weil sie sich von diesem „schärferen“ Kampf gegen das Schutzesetz einen größeren Erfolg versprochen, sondern weil sie das Schutzesetz dazu benützen wollten, über die deutschen Sozialdemokraten herzufallen, sie wiederum zu beschimpfen und zu verleumben. Gleich am ersten Tage nach der Annahme des Schutzesetzes leistete sich der Reichsberger „Vorwärts“ die unerhörte Anspielung, die deutschen Sozialdemokraten hätten für ihr „Verhalten von der Koalition Zusagen erhalten.“ Mit dieser Lüge hat sich der „Vorwärts“ auf das Niveau des Aufsteiger Lumpenblattes, der „Internationale“, hinabgelassen, das vor einigen Monaten eine ähnliche niederrächige Verächtlichmachung unserer Partei zu einer Taktik umlog. Und nun verleumdet der „Vorwärts“, der sich in diesem Fahrwasser wohl zu föhren scheint, sich weiter. Die deutschen Sozialdemokraten „packeln mit ihnen“ (nämlich mit den Koalitionsparteien), schreibt er in seiner gestrigen Nummer, in der der „Sozialdemokrat“ als „Verräterblatt“ und „die schimpfliche Haltung der deutschen nationalen Sozialdemokraten“ der „Verachtung“ der Arbeiterschaft preisgegeben werden soll. Wir geben die Verdächtigungen und Beschimpfungen unserer Partei durch die Kommunisten — welche unsere alten, vordereiten Vertrauensmänner, die Genossen Dr. Czoch und Hillebrand als „Vurscher“ bezeichnet! — nur deshalb wieder, um den Arbeitern zu zeigen, daß die Kampfesweise der Kommunisten sich im Laufe der Jahre nicht um ein iota geändert hat, daß sie vielmehr den Kampf gegen uns, der ja der Hauptzweck dieser Partei ist, immer gleich niedrig führen. Daraus ergibt sich, daß es einer anständigen Partei einfach unmöglich ist, mit dieser Vereinigung von Verleumdern und Schimpfpoeten auch nur vorübergehend, sei es auch nur in der geringfügigsten taktischen Frage, zusammenzugehen. Von irgend einer Einheitsfront mit ihnen kann nicht die Rede sein, solange sie die Taktik des Schimpfens und Verleumdens nicht gänzlich abgeben und eine ehrliche Politik betreiben wollen.

Kommunistenjaug in Belgien.

Brüssel, 8. März. (Havas.) Anlässlich der Untersuchung des kürzlichen Metallarbeiterstreiks in Borinage wurde festgestellt, daß es sich kürzlich um eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates handle. Gegen 40 Kommunisten, welche von Berlin und Moskau unterstützt worden sind, wurden in Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Charlerois und Gent verhaftet.

Mitglied der Saarregierung und Verbrecher.

Nach dem Friedensdiktate von Versailles befiht das Saargebiet eine durch den Völkerverbund eingesezte Saarregierung, in der sich auch ein Vertreter der Saarbevölkerung befindet. Als solcher fungierte bisher Dr. Hector, den der Völkerverbund über Betreiben Frankreichs als mündig befunden hatte, die Interessen der einer Fremdherrschaft unterworfenen, kulturell hochstehenden Bewohner des Saargebietes zu vertreten. Der Völkerverbund hat es allerdings unterlassen, diese Bevölkerung zu befragen, ob sie ihrem Vertreter auch das Vertrauen schenke; der Wunsch Frankreichs genügte und Dr. Hector wurde Regierungsmitglied.

Der Völkerverbund ist nur durch das Versäumnis der Volksbefragung in eine sehr peinliche Lage verwickelt worden. Dr. Hector, der Liebling Frankreichs, wurde nämlich als Schwindler, Dokumentenfälscher und Landesverräter entlarvt. Er, der bis zum Jahre 1918 ein ganz unbedeutender Arzt in Saarlouis gewesen war, verstand es nach dem Einmarsch der Franzosen, sich bei den französischen Militärbehörden beliebt zu machen und so den Bürgermeisterposten seines Ortes an sich zu reißen. Zwar entledigte sich die Bevölkerung in der Folgezeit des „tüchtigen“ Bürgermeisters, doch dieser hatte sich bereits so tatkräftig in französischfreundlichem Sinne betätigt, daß seine französischen Freunde ihn im Jahre 1920 dem Völkerverbund als saarländisches Regierungsmitglied vorschlugen. Die Bevölkerung wurde überhaupt nicht befragt.

Der Landesrat, der man der Saarbevölkerung endlich als Vertretungsorgan zugehen mußte, legte, kaum das er ins Leben getreten war, im letzten Herbst, als es um die Mandatsverlängerung des Dr. Hector ging, gegen eine solche energische Protest ein. 26 von 30 Landesratsabgeordneten sprachen sich dahin aus, daß Dr. Hector das Vertrauen der Saarbevölkerung nicht besitzt. In der Eingabe, die diesen Protest begleitete, wurde Dr. Hector als Dokumentenfälscher bezeichnet und die Landesratsmitglieder erbaten sich, den Beweis dafür zu erbringen, daß Dr. Hector eine Petition der Stadt Saarlouis, die in deutscher Sprache verfaßt war und um die Stationierung von Saarbehörden in der Stadt ersuchte, vollständig umgeändert, eine Loyalitätskundgebung für Frankreich eingeschmuggelt und diese eigenmächtig ins Französische übertragene Eingabe nicht an die Saarregierung, sondern direkt an Clemenceau nach Paris eingeschickt hatte. Trotz des Protestes und der Eingabe wurde Dr. Hector vom Völkerverbund neuerdings bestätigt. Immerhin gab man Herrn Dr. Hector in Genuß zu verstehen, daß seine Reinwaschung vor Gericht notwendig sei. Dr. Hector mußte nun notens volens etwas unternehmen und so legte er — nicht vielleicht die Fraktionen des Landesrates, die ihn beschuldigt hatten, sondern den demokratischen Redakteur Franke.

Der Prozeß, der nun in Saarbrücken seinen Abschluß fand, zeitigte für Dr. Hector und den hinter ihm stehenden Völkerverbund eine fürchterliche Niederlage. Nicht nur, daß der Beweis der Fälschung der Petition lückenlos erbracht wurde, machte sich Dr. Hector auch des Meineides schuldig. Es wurden nämlich aus dem Geheimarchiv der Stadt Saarlouis zwei hochverräterische Briefe zutage gefördert, die Dr. Hector an Clemenceau gerichtet hatte. Trotzdem nun Dr. Hector im ersten Teil der Verhandlung unter Eid das Vorhandensein dieser beiden Briefe geleugnet hatte, mußte er sich, als ihm die Kopien gezeigt wurden, als deren Verfasser bekennen, und es sich gleichzeitig gefallen lassen, daß ihn der Ver-

teidiger des Angeklagten Franke des Meineides bezichtigte. Alles rüdte von Dr. Hector ab, die Anwälte ließen ihn im Stich, nur der Völkerverbund hielt beinahe bis ans Ende zu ihm. Erst als das ganze Verrats- und Lügengewebe, auf dem die Existenz Dr. Hector's aufgebaut war, sich als völlig disamierend erwies, ließ er Dr. Hector fallen. Geschehen kann dem Liebling Clemenceaus allerdings wenig, da er vor dem Saarbrücker Gericht als Beauftragter des Völkerverbundes die

Wohltat der Exterritorialität in Anspruch nehmen kann. Aber als „saarländischer“ Regierungsvertreter ist er ein für allemal erledigt. Mit diesem Manne gleichzeitig gerichtet ist der Präsident der Saarregierung Kautz, der Dr. Hector gelannt hat und um seine anrüchlichen Taten wußte, und nicht minder schwer kompromittiert ist der Völkerverbund, der einen Verbrecher gegen den Protest der Bevölkerung, nur auf Anraten Frankreichs, zu seinem Beauftragten ernannte.

Angoras Bedingungen.

Erfolg der Regierung über die Extremisten.

Angora, 8. März. (Havas.) Die Debatte in der großen Nationalversammlung endete Dienstag nachts. Die Nationalversammlung hat mit großer Stimmenmehrheit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und sie ermächtigt, die Verhandlungen über den Orientfrieden auf folgenden Prinzipien fortzusetzen:

- 1) Aufhebung der die Finanzen und die Gerichtsbarkeit betreffenden Kapitulationen,
- 2) Vertagung der Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, sowie auch der Mossulfrage,
- 3) Ueberlassung von Karagatsch,
- 4) Annahme aller übrigen Bestimmungen des

Vertrages auf Grund der Regelung der türkischen Delegation.

5) Förderung von Reparationen zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete seitens Griechenlands.

Paris, 8. März. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Mitteilung: Falls Angora annehmbare Gegenanträge überreichen wird, wird die französische Regierung, wie es scheint, bereit sein, sie aufmerksam zu prüfen. Falls die neuen Vorden die Alliierten eventuell die Friedensverhandlungen in Laufnahme oder anderswo wieder aufnehmen.

Vertrauenskundgebung für Kemal Pascha.

Konstantinopel, 8. März. Aus Angora wird über die vertraulichen Verhandlungen der Nationalversammlung gemeldet, daß Mustafa Kemal Pascha vor Schluß der Debatte nochmals die äußere und die innere Lage darlegte und die Bemühungen der türkischen Delegation in Lausanne, im Rahmen des nationalen Paktes einen Frieden zu erreichen schilderte. Gleich darauf wurde von 150 Mitgliedern unterzeichnete Resolution eingebracht, in der gefordert wurde, daß die völlige Unabhängigkeit der Türkei in finanziellen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen garan-

tiert werde. Unter dieser Voraussetzung seien die Unterzeichneten der Ansicht, daß die Regierung den Friedensvertrag annehmen könnte. Mit starker Mehrheit wurde dann Schluß der Debatte und Vertrauenskundgebung für die Regierung beschlossen. Zu der Vertrauenskundgebung wurde die Regierung ermächtigt, die Friedensverhandlungen auf Grundlageder beschlossenen fünf Punkte fortzusetzen. Der Ministerrat habe nach Abschluß der Verhandlungen der Nationalversammlung sofort mit der Aufstellung eines Entwurfes für den Friedensvertrag zu beginnen.

Der Ruhrkonflikt.

Der französische Wiederaufbauminister über die Ruhrbesetzung.

Berlin, 8. März. Die Wälder berichten nach der Agentur „Est Europe“ über eine Rede Loucheurs bei der Jahresversammlung des englisch-amerikanischen Pressevereines in Paris. Loucheur erklärte, daß sich die jetzige Lage aus dem Grunde so zugespielt habe, weil die Politiker immer glaubten, keine Wirtschaftler sein zu müssen und umgekehrt. Beides muß aber untrennbar verbunden sein, wenn der Friede in Europa wiederhergestellt werden soll. In bezug auf die Ruhr erklärte Loucheur, daß er gegen die Besetzung gewesen sei, weil er die gegenwärtige industrielle Lage voraussehen habe. Nicht aber stehe Frankreich an der Ruhr und es müsse bis an die äußerste Grenze seiner Politik gehen. In zwei Monaten werde Deutschland um die Eröffnung von Verhandlungen ersuchen. Die Franzosen seien ein vernünftiges Volk und die Ruhr sei für sie kein Ziel, sondern ein Zweck. Frankreich verfolge keine politischen Ziele an der Ruhr. Man hat gesagt, daß Frankreich eine Hegemonie des Eisens anstrebe. Dies entspricht ebenfalls nicht der Ab-

sicht Frankreichs. Er sei überzeugt, daß das gegenwärtige Jahr in der Weltgeschichte als dasjenige bezeichnet werden wird, in welchem der Weltfriede wieder hergestellt worden sei.

Poincarés Kampf gegen deutsche Kinder.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die dänischen Arbeiter haben beschlossen, 2000 deutschen Kindern aus dem Ruhrgebiet für drei Monate Gastfreundschaft zu gewähren. Poincaré hat nach einer Meldung des sozialdemokratischen Parlamentarismus die dänische Regierung wissen lassen, daß er diese Hilfsaktion nicht gerade als ein Zeichen von Neutralität ansieht.

Konferenz der Ententezialisten in London.

London, 8. März. (Havas.) Die parlamentarische Gruppe der Arbeiterpartei beschloß, nach London noch vor dem Zusammentritt einer wichtigeren Konferenz, auf welcher die Arbeiterhändler und sozialistischen Organisationen sämtlicher Länder vertreten sein sollen, eine Vorkonferenz

einzuuberufen, bei welcher die Vertreter der parlamentarischen sozialistischen Gruppen Frankreichs, Belgiens und Italiens sich einfinden würden, um über das Verhalten zu beraten, das den Verhältnissen im Ruhrgebiet und der Reparationsfrage gegenüber zu beobachten ist.

Deutschlands Kohlenversorgung.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) In Reichstag führte der Reichskohlenkommissar Stug heute aus, daß die Kohlenversorgung Deutschlands im allgemeinen gut sei und daß an der Kohle die Widerstandskraft Deutschlands nicht erlahmen werde. Dank den großen Mengen an Reparationskosten, die in den ersten Wochen der Ruhrbesetzung nicht nach Frankreich und Belgien sondern in das unbesetzte Deutschland gingen, ferner dank der unerminderten Zufuhr ausländischer Kohle aus Schlesien und Böhmen, verfügen sowohl die Eisenbahnen, Gasanstalten und Elektrizitätswerke als auch die Privatverbraucher in Industrie und Hausbrand über reichliche Bestände. Knapper siehe es mit Koks, aber auch hier könne durch Dinzunahme ausländischen Koks der Betrieb anrecht erhalten werden.

Cecil: „Bis hierher und nicht weiter!“

London, 7. März. (Wolff.) Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede in Stevenage, es sei nunmehr für England die Zeit gekommen, um Frankreich zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Wir können es uns nicht leisten, ganz Europa in Verwirrung stürzen zu lassen. Wir sind für den Frieden und müssen Frieden haben. Lord Robert Cecil gab auch den Meinung Ausdruck, daß je früher man die gegenwärtigen Fragen an den Völkerverbund verweise, eine endgültige und befriedigende Lösung umso wahrscheinlicher sei.

Ein Protest Hollands.

London, 7. März. (Tsch. BB.) Der diplomatische Berichterstatler des „Daily Telegraph“ meldet, Holland habe bei der französischen Regierung Vorstellungen erheben lassen, bezüglich einer Mischung in die Rheinschiffahrt in Folge der französisch-belgischen Blockade. Es wird für außerordentlich angesehen, daß die internationale Konvention bezüglich der Rheinschiffahrt vollkommen ignoriert worden seien.

Ungehörige Forderungen an die Arbeiterkassen.

Berlin, 8. März. (Wolff.) Wie aus Bochum berichtet wird, wird von französischer Seite an die Eisenbahner ein starker Druck ausgeübt, damit sie den Dienst unter französischer Kontrolle wieder aufnehmen. Den Eisenbahner ist von den Franzosen eine 48-stündige Frist gestellt worden. — Die Gewerkschaften lehnen in einem Aufrufe die von den Franzosen verlangte Auslieferung ihrer Mitgliederlisten und Statuten ab und fordern ihre Forderungen auf, den unberechtigten Anforderungen der Franzosen keine Folge zu leisten.

Die Abschneidung des Ruhr- und Rheinlandes.

Düsseldorf, 8. März. (Havas.) Die Franzosen haben eine Reihe von Zollwachen errichtet, damit das System der Abschneidung des Ruhrgebietes an jene des Rheinlandes anschließen. Die Zolllinie von der holländischen Grenze bis zur Schweizer Grenze wird dann ein vollständige sein.

Bochum, 8. März. (Wolff.) Im Bergischen Lande sind weitere Strecken südlich Wipperfurth und Engelskirchen durch die Franzosen besetzt worden: Die Besetzung von Lünen ist drei Kilometer nordwestlich verlegt worden. In das neu besetzte Gebiet fallen die Schachtanlagen der Zeche Preußen I bis III.

Tinea, der Kleiderfeind.

Von H. Franck.

„Eine Motte! Mach sie doch tot.“ Unter diesem Schreie werden alljährlich Millionen harmloser Kleinschmetterlinge erhascht oder meistens auch nicht erhascht, denn kennzeichnenderweise fürchtet der Mensch nicht seine wahren Feinde, sondern die viel unschuldigeren Mitbewohner seines Heimes, die ihm Schaden in seinem Bestand bereiten. Ein schrecklicher Feind des Menschengeschlechtes ist die Stubenfliege. Immer mehr verdichtet sich die Vermutung, die heute schon von vielen Naturforschern als Gewißheit ausgesprochen wird, daß es ohne Stubenfliege keine anstehenden Krankheiten geben würde. Sie ist der wahre Verschlepper der noch lebensfähigen Bazillen, ein rastloser tückischer Roboter. Viele Menschen dulden mit gutem Willen Lächerlichkeiten in ihrer Stube, schonen sie aus einer überlänglichen Sentimentalität, ohne zu bedenken, daß sie damit die Stammutter ungezählter Schären am Leben erhalten, die den ganzen Sommer den Damp in Form von Ansteckungskeimen abstrahlen werden. Es hat sich neuererzeit ein Fall einwandfrei nachweisen lassen, daß durch Winterfliegen in einem Fremdenheim die Grippe längere Zeit zum besondern Uebel dieses Hauses wurde und mit ihrer Vertilgung verschwand.

Das alles weiß man aber nicht oder man denkt nicht daran. Dagegen ist jedem Kind die Kleidermotte als der vielleicht größte Schädling aus dem Reich der Fliegen im Heim des Menschen eingepflanzt. Aber vielleicht wären die Menschen nicht anders, selbst wenn ihnen die wahren Zusammenhänge bekannt wären, denn sieht man nicht allenthalben, wie Geld und Gut vor Gesundheit und Leben geht? Und wieder ist es kennzeichnend für den Menschen von heute, daß er auch

den Schädling, den er so fürchtet, nicht richtig kennt, in unserem Falle nicht einmal einen wahren Begriff von dem Leben der Kleidermotte und ihrer Bedeutung für die Wirtschaft hat.

Es frage sich doch jeder, der diese Zeilen liest, nach. Wenn es hoch kommt, wird er sagen, die Kleidermotte ist ein kleiner Schmetterling. Das ist allerdings nicht schwer zu erraten, wenn man das kleine Ding aufsteht sieht. Und nur unsere Frauen werden aus den Erfahrungen ihres jährlichen Kampfes noch einiges zu erzählen wissen von den „Wurmern“, die die eigentlichen Urheber aller „schädig“ gewordenen Wollstücken sind, von dem Flug der Schmetterlinge, der im Februar anhebt und im Mai seinen Höhepunkt erreicht, und vieles von ihren Erfahrungen über den Nutzen des „Einschlagens“ der zu schützenden Dinge in Zeitungspapier, des Naphthalins und der vielen gegen die Motten angepriesenen Mittel. Dann reicht auch für sie der Faden ab. Und sie wissen nicht einmal genau, wie so ein Motthen aussieht, sonst hätten sie nicht nach jedem armen Federling, dem sein Mißgeschick in eine Stube der Menschen verschlagen hat.

Und doch gebe es da Vieles und Wertwüdiges zu wissen, was aber ganz vergebens ist im Staub der Wissenschaften, trotzdem es ins Helle, immer wieder erneute Leben gehört.

Gewiß, die Motte, die unsere Wollstücken als ihr Eigentum betrachtet, ist ein Kleinschmetterling, eine Form mit dem hübschen Namen Tinea, aus einer Familie von 1500 verschiedenen Formen. Sie selbst wäre ganz gleichgültig für unser Wirtschaftsleben, wenn sie nicht einer vierzehntägigen sechzehnbeinigen Raupe das Leben schenken würde, die sich darauf versteht, Welle, Federn, vor allem aber Wolle zu fressen und sich aus den Resten, welche sie übrigläßt, ein sehr wenig gefälliges Gespinnst anzufertigen, aus dem wieder der Schmetterling aufersteht, der das Licht des Tages schaut (darum nutzt das Lüften und Sonnen der

Kleider) und nur im Dämmern oder im künstlichen Licht fliegt, das für ihn keines zu sein scheint. Denn er nimmt davon gar keine Notiz. Da alte Wort von der Motte, die ins Licht fliegt, paßt für die Kleidermotte am allerwenigsten; dagegen trifft es für die vielen reizenden, manchmal märchenhaft schönen, in Kupfer- und Goldkleidern einherfliegenden Culchen und Spannerchen zu. Aber die sind in der Naturgeschichte der „Gebildeten“ auch im großen und dunklen Sammelbegriff der „Motten“ untergebracht, wengleich sie im Wesen und in der Lebensweise nichts mit ihnen zu schaffen haben.

Jetzt ist die Motte ein richtiges Zivilisationsgeschöpf, noch weit mehr ein „Hausier“ und Begleiter des Menschen wie die Fliege oder die Küchenschabe. Sie hat sogar „Kulturarten“ hervorgebracht, und es gibt eine Pelzmotte, die sich auf Wintermantel und Pelzwerk spezialisiert, eine Tapetierermotte, deren Raupen in den Polstern und Sofas ihr Unwesen treiben, die eigentliche Kleidermotte, die der große Wolfteufel ist, schließlich sogar eine Federmotte, die sich im besonderen an den Federbetten vergräbt, wengleich von diesen allen nur die Kleidermotte zu wirklicher Bedeutung gelangt ist.

Zu welcher, darüber geben neueste Untersuchungen von E. Fitzsch einen wahrhaft erschreckenden genaueren Einblick. Um sie zu verstehen, muß man zunächst wissen, daß jede Mottenmutter nach ihrem, meist im dunklen Schrank abgehaltenen Hochzeitstanz hundert Eier legt, von denen sich, immerhin fünfzig wieder bis zur Fortpflanzung zu entwickeln pflegen.

Haben nun die Menschen einen Geburtenüberschuß des weiblichen Geschlechts, so sind die Motten umgekehrt in der von vielen Menschen beneideten Lage, überwiegend Söhne in die Welt zu schicken. Unter zehn Mottenkindern sind durchschnittlich sieben Knaben. Wäre dem nicht so, so wäre es wohl kaum möglich, Wollstücken aufzube-

wahren, denn der Lebenszyklus einer Motte währt nur 90 Tage, so daß sich die Angriffe der Raupchen auf unser Gut viermal im Jahre wiederholen.

Ein im Jänner zur Welt gekommenes Weibchen wird also im März von etwa fünfzig Nachkommen überlebt, unter denen nur an siebzehn Weibchen sind. Aber im Mai ist die Ahnenschar schon auf 280 Weibchen gewachsen, im Herbst auf nicht weniger denn 4660 und ein Jahr später knabbern im großen Wollmagazin der Menschheit von dieser einen Urgrömmutter lustig an 233.000 Raupchen, vorausgesetzt daß wir untätig zuschauen würden!

Tatsächlich hat nun durch genaue Beobachtungen ermittelt, daß eine Raupe bis zu ihrer Verpuppung 45—90 Milligramm Wollstoff zerstört, woraus sich ergibt, daß die gesamte Nachkommenchaft einer einzigen Kleidermotte binnen einem Jahr rund 49 Kilogramm Wolle in Staub verwandelt!

Die kleine Tinea ist also ein nicht zu unterschätzender Feind des Menschen. Wie alles in der Natur, ist auch sie, schwach im einzelnen, durch das Gesetz ihrer Wiederholung, einer der mächtigsten Faktoren im großen Kreislauf, der nur bestehen kann aus Aufbau und Zerstörung. Uns mag es im engen Kreis unserer wirtschaftlichen Nöte unduldbar sein, mit einem solchen kleinen Tücker zusammen hausen zu sollen, und unsere Lebensnotwendigkeit gibt uns das Recht, den gefährlichen Kleiderfeind mit allen Mitteln zu vertilgen. Wäre er aber nicht, so wäre doch eine Lücke in der Gesamtnatur: die Wolle, die kaum verwestlich ist, bliebe übrig und würde sich im Laufe der Zeiten bis zur Störung anhäufen; das kleine Tier, das sie in Stille und Dunkel jernagt, ist daher ein winziges, aber notwendiges Rad im großen Weltgetriebe, das dem All wiedergibt, was aus dem All gekommen ist.

Weitere Devisenrückgänge in Berlin.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die fremden Devisen sinken weiter im Kurse, obgleich die Reichsbank ein Ansteigen der Notenflut feststellt. Der Dollar sank auf 19,321, das englische Pfund auf 91,271, der Schweizer Franc auf 3615 und die tschechische Krone von 611 auf 578.

Bereinigung der englischen Liberalen?

London, 8. März. (A.M.) Die Führer der beiden Flügel der liberalen Partei befaßen sich unangenehm mit der Frage der neuerlichen Wiedervereinigung. Auf die vor kurzem von Lloyd George gehaltene Rede, welche als ein Vorzeichen dieser Vereinigung angesehen wurde, antwortete gestern abends Asquith und erklärte, daß er für diese Einigung sei und zu deren Verschleppung nichts unternehmen werde. Er konstatierte aber gleichzeitig, daß er sich entschieden gegen die Zentrumspartei stellt, welche Lloyd George, wie man glaubte, unterstützt hat und daß er unbedingt nicht dem Antrage zustimme, daß die geeinigte liberale Partei gegen die Arbeiterpartei kämpfe.

Der Rechtspreiskampf in München.

München, 7. März. Die der Korrespondenz Hoffmann amtlich mitgeteilt wird, beruht die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach im Zusammenhang mit der aufgedeckten Verschönerung gegen die bairische Verfassung auch Graf v. Bismarck, der frühere Vorsitzende der bairischen Königspartei festgenommen worden sei, nicht auf Wahrheit. Ebenfalls ist es nicht richtig, daß die Schuldigen mit Unterstützung einer fremden Macht (natürlich Frankreich, d. N.) den Umsturz herbeiführen wollten. Sie sind zwar mit Persönlichkeiten einer solchen Macht ins Einvernehmen getreten (noch für die halbenkreislerischen Patrioten höchst bezeichnend ist, d. N.) es handelte sich dabei aber nur um eine eventuelle Neutralisierung Bayerns bei eventueller Bolschewisierung des deutschen Nordens. Nichts ist dagegen, daß in der ganzen Sache keine irgendwelche bedeutungsvolle Persönlichkeit oder gar Organisation stehe.

Die Sozialistenverfolgungen in Ungarn.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) In der Budapest Nationalversammlung brachte heute der sozialdemokratische Abgeordnete Kallik eine Berlegung seiner Immunität zur Sprache. Der militärische Befehlshaber von Szalgotarjan hat nämlich erklärt, daß Kallik nicht mehr nach Szalgotarjan kommen dürfe, denn er könne nicht für sein Leben garantieren, da Kallik die ungarische Armee beschimpft habe. Kallik erklärte, daß er lediglich in einer Volksversammlung gegen den Krieg gesprochen habe.

Oesterreichs Wirtschaftspolitik.

Scharfe Opposition der Sozialdemokraten.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Im außerordentlichen Ministerrat wurde heute die neue Verordnung der Regierung über die Warenumschaltener verhandelt. Im Namen der Sozialdemokraten erklärte Genosse Zeib, daß die Verordnung aus mehreren Gründen verfassungswidrig ist. Änderungen des Wiederaufbaugesetzes sind nur möglich, wenn sich herausgestellt hat, daß die getroffenen Verfügungen zur Erzielung des notwendigen finanziellen Erfolges nicht genügen. Man müßte allerdings also zunächst die Wirkungen des Finanzplanes abwarten. Eventuell müßte eine Änderung des Wiederaufbaugesetzes vom Parlament beschlossen werden. Das Verlangen der Regierung, daß die Verordnung im Ministerrat in drei Tagen erledigt werden solle, muß von den Sozialdemokraten als illoyal erklärt werden und die Sozialdemokraten werden in Zukunft die Frage stellen müssen, ob sie ihre Stimmen für eine Zweidrittelmajorität, wo sie notwendig ist, zur Verfügung stellen können. Die Sozialdemokraten werden jedenfalls über die Verordnung eine Entscheidung des Parlamentes herbeiführen. Im übrigen wird auch der Verfassungsgerichtshof noch Gelegenheit haben, ebenso wie über die Verfassungsmäßigkeit der Erhöhung der Zölle auch über die neuen Warenumschaltener keine Entscheidung fällen. Der zweite sozialdemokratische Redner legte dann sachlich dar, daß die Warenumschaltener die österreichische Industrie in der jetzigen Krise auf das schwerste treffen würde. Die Verhandlungen wurden heute nicht beendet.

Der Lohnkampf der ungarischen Metallarbeiter.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Der ungarische Handelsminister will veranlassen, daß die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer, mit denen er getrennt Rücksprache genommen hat, morgen miteinander in direkte Verhandlungen treten.

Das ungarisch-tschechoslowakische Grenzabkommen.

Budapest, 8. März. (U.M.B.) Heute ist das Abkommen unterfertigt worden, das sich auf die an der Grenze der Tschechoslowakei und Ungarn liegenden gemeinsamen Grenzbahnhöfe sowie auf die Abwicklung des Eisenbahnverkehrs auf der ungarischen Linie der Strecke Gyazsa-Lojonyz bezieht. Seitens der ungarischen Regierung wurde

die Konvention vom außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Rodianer und seitens der tschechoslowakischen Regierung vom Gesandten und bevollmächtigten Minister Kovreka unterzeichnet.

Unser Kampf gegen das Schutzgesetz.

Kreis Südböhmen.

Gegen das Schutzgesetz fanden in Südböhmen in Riebnberg (Bez. Hohenfurt), Strohbitz (Bez. Grazen), Reubistritz und Winterberg in der Zeit vom 1. bis 4. d. M. sehr gut besuchte Protestversammlungen statt. Besonders in Strohbitz und Riebnberg erstehen die Arbeiterschaft in Massen und bewies durch diesen Versuch, daß sie die durch das Schutzgesetz ihr drohenden Gefahren richtig erkannte. Die Ausführungen der Referenten Genossen Hilgarth, der in Riebnberg, Grazen und Winterberg sprach und des Abg. Genossen Diehl, der in Reubistritz referierte, fanden reichen Beifall; die vorgelagte Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Damit bewies die Arbeiterschaft Südböhmens, daß sie gewillt ist, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern den Kampf gegen dieses Gesetz mit aller Konsequenz bis zu seiner Beseitigung zu führen. — In der Protestversammlung in Winterberg versuchte der Kommunist Schwandberger, Unfrieden zu stiften. Genosse Hilgarth trat ihm jedoch in seinem Schlusswort so überzeugend entgegen, daß alle für die vorgeschlagene Resolution stimmten und dadurch ausdrückten, daß sie die Kampfweise unserer Partei billigen.

Die Schuld des Kapitalismus am Ruhrkonflikt.

Aus einer Anlagerede Jouhaux.

Auf dem Anfang Feber abgehaltenen französischen Gewerkschaftskongress, der an Sachlichkeit und produktivem Arbeitsstimm wohl alle bisherigen Gewerkschaftskongresse Frankreichs übertraffen hat, sind von Jouhaux folgende Tatsachen hervorgehoben worden, welche in ihrem Zusammenhang die hinter der Ruhrbesetzung stehenden schwerindustriell-reaktionären Kräfte deutlich genug anlagern.

Als die deutsche Sozialisierungskommission den Weg zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgeschlagen hatte, der in der Beteiligung des Reiches an den wichtigsten Industrien bestehen sollte, begann die französische offiziöse Presse (z. B. „Le Temps“) eine regelrechte Hege gegen die deutschen Sozialdemokraten: die Sozialisten hätten schon Rußland und Oesterreich ruiniert und würden nun Deutschland zugrunde richten. Die französische Regierungspresse sprach sich gleichzeitig zugunsten des Gegners aller Erfüllungspolitik, Stinnes, aus und versprach ausdrücklich ihre Sympathien einem von den deutschen Industriekreisen zu leitenden Reichskabinet. Indessen hätte doch gerade die von den Sozialisten empfohlene Übernahme der vielertönten „Pfinder“ durch das Reich die Befriedigung der französischen Wiederaufbaubedürfnisse am ehesten sicherstellen können.

Als die französischen Gewerkschaften — sowohl vor, wie nach dem Wiesbadener Abkommen — auf der Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestanden und zu diesem Zwecke mit den deutschen Genossen Verhandlungen führten, konnte man von kapitalistischer Seite nur Verleumdung, Spott und Hege vernehmen. Als aber Stinnes und Graf de Lubersac ihr Abkommen getroffen hatten, da fanden die reaktionären Kreise nur Worte des Lobes. Eine Annäherung zwischen den Industriellen der beiden Länder ohne oder auch gegen die Arbeiterschaft — das ist das wahre Ziel.

Jouhaux erinnerte weiter an derartige Annäherungsversuche, die schon vor dem Kriege stattfanden und die — den Enthüllungen des Metallarbeiterführers Wertheim zufolge — eine Schutzmauer der Produzenten gegen die Konsumenten der beiden Länder oder auch ganz Europas errichten sollten. Derselben Pläne seien hier vor der Ruhrbesetzung noch deutlicher geworden, und die Ruhrbesetzung selbst sei nur ein Mittel, um die Verwirklichung dieser Pläne zu erzwingen.

„Ich kenne das Comité de Forces (den Verband der französischen Schwerindustrie) an“, sagte Jouhaux, „es ist der Urheber der wahnsinnigen Politik, an deren Folgen auch die französischen Arbeiter leiden werden.“

Laut Beschluß des Gewerkschaftskongresses wird diese Rede gesondert herausgegeben und in der französischen Arbeiterschaft verbreitet.

Gold und Eisen.

Eine morgenländische Sage.

Einmal lag ein Stück Gold in der Schutiede neben einem Stück Eisen, auf welches der Schmied emsig schlug und hämmerte. Da sprach das Gold zu dem Eisen:

„Warum ächzt du so sehr? Warum höhnst du mich schreist?“

„Dichst du nicht“, erwiderte das Eisen, „wie der Hammer des Schmiedes auf mich schlägt?“

„Auch auf mich fällt dein Hammer“, nahm das Gold das Wort; „aber ich ächze und schreie nicht und ertrage geduldig seine Schläge.“

„Ach“, seufzte das Eisen, „warum sollst du auch jammern und klagen? Es ist etwas Fremdes, das dich peinigt, mich aber schlägt der Hammer, der von Eisen ist, wie ich es bin; es ist mein eigener Bruder, der mich schlägt, darum seufze ich und schreie auf.“

Tages-Neuigkeiten.

Zweites Jagdlied der Belta.

In der „Weissen-Hirsch“-Weis' Uflands.

Es gingen fünf Jäger wohl in den Wald,
Sie wollten erjagen die höchste Gewalt.

Sie bauten eine Gefehesfabrik;
Da träumten die fünf ein feltjames Stück.

Der Malypetr.

„Wir lauerten alle hinter dem Busch,
Da nahte sich das Volk, hufsch hufsch!“

Der Kramarjch.

„Da trat ich festlich hervor aus dem Busch
Und brüllte ihm ins Ohr: Ruff! Ruff!“

Der Stribeny.

„Als lähmender Schreck drauf die Leute ergriff,
Ich ihnen etwas vom Schutzgesetz pfiff.“

Der Schramel.

„Damit sie noch stummer würden und hoff,
Begann ich zu predigen, ich, der Pfaff!“

Der Bchjue.

„Da jagten sie endlich zu allem: Ja, la,
Und wählten uns auf Lebzeit, trara!“

So lagen sie da und sprachen, die fünf,
Da warf man hinaus sie mit Schande und Schimpf.

Und eh' ihre Beulen sie recht besah,
So war es um Macht und Mandate gescha.
Hufsch hufsch! pff! pff! trara!

Vollbildung und Zeitungsterror. Das Prager Bildungsinstitut „Urania“ veranstaltete einmal wöchentlich im „Alma“-Bio Kinoverstellungen. Dabei führte es nicht etwa den „Mann mit den grünen Augen“ oder „Tribervius rex“ auf, sondern zeigte Unterrichts- und Kulturfilme, Ausnahmen also, aus welchen Jugend und Volk neue naturwissenschaftliche Entdeckungen, die Geschichte vergangener Zeiten, Hygiene und dergleichen lernen konnten. Aber auch diese Bildungsarbeit ist den nationalsozialistischen Zeitungsterroristen ein Dorn im Auge, weil sie in — deutscher Sprache erfolgt. Also ließ der „28. Kije“ in seiner Nummer vom 1. März eine heilige Notiz gegen das „Alma“-Bio, gegen dessen Konzeptionäre, einen tschechischen Studentenverband, und gegen dessen Besitzerin, die „Chicago-Film“-Gesellschaft, los. Das Blatt erblüht wirklich und wahrhaftig in den rein wissenschaftlichen und unterhaltenden Vorführungen eine Gefährdung der tschechischen Nation, für die es den allzu duldsamen „philosophischen Humanismus“ Mosarnks hasstbar macht, es spricht von „Provokation“ und unerträglichen Zuständen, weil tschechische Besucher einmal wöchentlich an der Kasse des „Alma“-Bios die Anstalten erhalten, daß etwas sie nicht Interessierendes gespielt werde, und weil beim Verlassen der deutschen Vorstellung eine Frau geäußert habe: „Prag ist wirklich eine kleine Stadt.“ In welchem Zusammenhang das die Frau sagte und ob ihr vielleicht nicht unmittelbar vorher eine Traßschicksale aus der „Gesellschaft“ erzählt wurde, die sie zu solch einer gotteslästerlichen Bemerkung verführte, unterjucht der „28. Kije“ weiter nicht, er schäumt einfach vor Entrüstung und wirft allen beteiligten tschechischen Faktoren schändes Volksverrat vor. Hätte es sich hier um eine alberne, durch ihre eigene innere Torheit gerichtete Heberei gehandelt, so hätten wir, wie wir es ursprünglich taten, über den Fall mit Still-schweigen hinweggehen können. Denn wir hätten viel zu tun, wenn wir in jedem bössartigen Schildbürgerkrieg der deutschen und tschechischen Herren Schwänze nachsehen wollten. Aber das ausgedonnerte Pathos des „28. Kije“ hat ausgereicht, um die tschechischen Studenten und die „Chicago-Film“-Gesellschaft einzuschüchtern, denn beide haben Mittwoch den Vertrag mit der „Urania“ endgültig gelöst. Wie der deutsche Binf der „Bohemia“ genigte, um der „letzten Nacht“ das deutsche Theater zu verschließen, so muß ein tschechischer Genüßgenosse der Bohemischreiter nur aufmucken, und die einzigen tschechischen Kinovorstellungen in Prag sind nunmehr. Die Nacht, die sich in den Händen eines beliedigen Revolver-Journalisten sammelt, weil er zufällig ein Blatt zur Verfügung hat, ist einfach erdrückend und eine Gefahr für die Allgemeinheit. Der Zeitungsterror wird sich bald, wenn die Dinge so weitergehen, zu einem Verhängnis für die Zeitungsblätter.

Ein Zugzug für die Prager Tagblätter. Wie bekannt, erscheinen die Prager Koalitionsblätter und „Prager Tagblatt“ und „Bohemia“ seit dem 1. Feber in einer „ersten“ und einer „zweiten“ Ausgabe. Die erste Ausgabe, die vor Mitternacht fertiggestellt wird, hat den Zweck, diesen Zeitungen auch in der Provinz das Erscheinen am frühen Morgen zu ermöglichen. Selbstverständlich mußte sich das Eisenbahnministerium in den Diensten dieses Presse-Imperialismus stellen, d. h. die „erste“ Ausgabe ist nur dann möglich, wenn diesen Blättern die entsprechenden Züge in die Provinz zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde wurde beispielsweise ab 1. Feber ein Zugzug von Prag nach Brünn eingeführt, der um 6 Uhr 40 Minuten von hier abgeht. Nun hat die Erschaffung in den letzten fünf Wochen gelehrt, daß dieser Zug tatsächlich ein Zugzug ist, den sich die Eisenbahnverwaltung aus lauter Zuborkommenheit gegen die Presse leistet. Denn außer den Zeitungsballen führt dieser Zug täglich, d. h. nämlich ungefähr ein Duzend Reisende mit, wobei es noch der näheren Feststellung be-

dürfte, wie viel Freibillets durchschnittlich an die Luxuspassagiere entfallen. Damit ist erwiesen, daß dieser Zug lediglich dem Bedürfnis, besser gefogt dem Wunsch der Koalitions- und der übrigen bürgerlichen Presse dient. Daß diesen Wunsch vom Eisenbahnminister Rechnung zu fragen wurde, ist innerlich begreiflich. Da aber kein Mensch mit diesem Zuge fährt, ist es von Standpunkt der Sparsamkeit, auf dem die Regierung doch sonst so fest zu stehen behauptet, unverständlich und zu mißbilligen, daß diesen Zeitungen weiterhin solche Konzessionen auf Kosten der steuertragenden Bevölkerung gemacht werden. Wenn ihnen die Sache das fürstet, können sie sich ja, wie der Stransky, der „Libove Roviny“ ein eigenes Luftschiff kaufen.

Horthj-Julij. Vor dem Budapest Straßengerichtshof fand gestern die Verhandlung gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Republikanischen Partei statt. Da aber der Präsident Dr. Ragh schwer erkrankt ist, wurde die Verhandlung nur gegen den Vizepräsidenten Dr. Beer durchgeführt. Beide werden beschuldigt, bei den letzten Wahlen republikanische Propaganda betrieben zu haben und dadurch gegen den Gesetzesartikel 34 vom Jahre 1913, der von Tisza zum Schutze des Königturns geschaffen wurde, verstoßen zu haben. Dr. Beer erklärte, daß er sich nicht schuldig fühle, denn nach dem Umsturz und auch nach dem Sturze der Mätebitatur hätte sich jedermann in Ungarn zur Republik bekannt. In den bisherigen Gesetzen der Gegenrevolution wurde die Staatsform nicht bestimmt. Als der Vorliegende ihm vorhielt, daß auch nach dem Depossidierungsgesetz Ungarn ein Königturn sei, erklärte der Angeklagte, daß ein Königturn ohne König ebenfals lächerlich sei wie ein Gericht ohne Richter. Uebri-gens hätten sowohl während der Karolhi-Revolution als auch nach dem Sturz der Häterherrschaft dasselbe Gericht, das jetzt über ihn entscheidet, normalerweise im Namen der ungarischen Volkssouveränität Recht gesprochen. Er sei überzeugt, daß in ganz kurzer Zeit Ungarn wieder Republik sein werde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu anderthalb Jahren Gefängnis, zu drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zu 20.000 Kronen Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wird erklärt, daß Ungarn auch jetzt noch ein Königreich sei und niemand das Recht habe, das Königturn anzugreifen.

Amundsens Nordpolexpedition. Nach einer von der arktischen Expedition Roald Amundsen von dem Schiffe „Maud“ geleiteten Forschungsreise war dieses Schiff am 6. März am 81. Grad nördlicher Breite und 170. Grad 30 Minuten westlicher Länge im Greenwich. Das Schiff fuhr langsam gegen Norden. Am 14. Dezember befand sich das Schiff auf 83.25 Grad nördlicher Breite und am 172. Grad von Greenwich. Die Schreiben Amundsens bestätigt, daß er von Wainwright gegen Nis-Juni abzureisen gedenkt.

Die armen Vienen! Das „Prager Abendblatt“ veröffentlichte gestern im Inseratenteil folgende erschütternde Mitteilung:

Bereinsauflösung.

In der am 20. Oktober 1920 stattgefundenen Volksversammlung hat sich der Verein Vienen-Sektion für Lauterbach Stadt und Umgebung wegen Mangel an Mitgliedern freiwillig aufgelöst.

Der letzte Obmann: Franz Stowasser.

Welch vernichtende Kunde, die da nach zwei einhalb Jahren erst in die Öffentlichkeit dringt! Wahrscheinlich haben die biederen Lauterbacher die ganzen Jahre her vor lauter Schred nicht der Mund aufgebracht. Unklar ist nur, ob der Verein sich mangels an Mitgliedern auflöste, oder ob nur zu wenig Vienen da waren. Auf jeden Fall dauern uns die armen Vienen, die nun schon seit Oktober 1920 unfunktioniert umhergeschwirren.

Gedenkfier für das Jahr 1848. Anlässlich der 75jährigen Wiederkehr der Revolution von 1848 veranstaltet die „Freie Vereinigung sozialistischer Arbeiter“ gemeinsam mit dem „Verein deutscher Arbeiter“ Dienstag, den 13. März im Karolinum (Hofsaal IV) eine Gedenkfier, bei der Genosse Dr. Ludo W. Hartmann aus Wien sprechen wird. Genosse Hartmann ist ein Sohn des Dichters und Schriftstellers Moriz Hartmann, der den tschechischen Wahlkreis Leitmeritz in der Frankfurter Nationalversammlung vertrat und dort der republikanischen Linken angehörte. Genosse Ludo Hartmann selbst ist Professor der Geschichte an der Wiener Universität und Mitglied der österreichischen Nationalversammlung und des Bundesrates.

Die internationale Kundgebung, die „de internationale Ausschuss sozialistischer Studenten“ Samstag in der Straßakademie anlässlich der 75jährigen Wiederkehr der 11. März 1848, an dem in St. Wenzelsbade Deutsche und Tschechen gemeinsam den Kampf gegen die Reaktion beschlossen, veranstalten wollte, muß wegen Saalschwierigkeiten bis auf weiteres verschoben werden.

Massensterben unter den sibirischen Eingeborenenstämmen. Wie aus Sibirien gemeldet wird, sind zahlreiche sibirische Eingeborenenstämme, wie die Diraten, Dsjaken, Bogenen und andere infolge unerhörter Ausbreitung von Hautkrankheiten, Typhus, Augenleiden, Tuberkulose, Pocken und dergl. von einem Massensterben bedroht. Es fehlt völlig an ärztlicher und sanitärer Hilfe. So hat die Zivilisation den Primitiven wohl ihre Krankheiten, aber nicht ihre Heilmittel gebracht.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Spezierung des „Arbeiterheimes“ in Klagenfurt.
Vor einigen Tagen haben wir unter demselben Namen eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Hausdurchsuchung sollte nur eine Episode einer Untersuchung sein, die eigentlich gegen die Jugendorganisation geführt wird, deren Sekretäre und andere Mitglieder in Haft genommen wurden. Doch wurde die Hausdurchsuchung bei allen im „Arbeiterheim“ untergebrachten Gewerkschaften durchgeführt und dauerte bis zum Abend. Es wurden sämtliche Schriften und Bücher der Gewerkschaften durchgesehen und davon vieles mitgenommen. Nach der Hausdurchsuchung wurde das „Arbeiterheim“ gesperrt.

Der Beruf der Frau. Der tschechisch-slowakische Abgeordnete Samalik schreibt in der Frauenzeitung der tschechisch-slowakischen über den Beruf der Frau folgende Bemerkungen: „Der Frau gehört der Schlüssel. Ja, sie muß ihn gut im Topf rühren, aber sie muß ihn demjenigen auf's Maul schlagen, der den Glauben schmähend und auf die Kirche schimpft!“ — Diese Weisheit scheint dem slowakischen Herrn Abgeordneten von einer Pfarrerskinderin eingegeben worden zu sein!

Die Untersuchung gegen Coupal ist noch nicht abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter wartet noch den Ausgang einiger Requisitionen in der Slowakei ab. Die Anklage wird von der Prager Staatsanwaltschaft erhoben werden, das Verfahren geht jedoch mit Errichtung des Staatsgerichtshofes automatisch an diesen über.

Die tägliche Rubrik. Wie aus Brünn gemeldet, wurde das Todesurteil gegen Johann Janovsky und Josef Kuchar vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Am 23. Juli v. J. wurde in Prag die Hausbesitzerin Anna Maier ermordet und beraubt. Als in der Wohnung ein Mann eine goldene Halskette beim Goldarbeiter J. Kuchar verkaufen wollte, wurde er verhaftet. Es war der 23jährige Bergarbeiter Johann Janovsky aus Prag. Sein Genosse, der 23jährige Fleischer Josef Kuchar wurde gleichfalls verhaftet. In Kuchar's Wohnung fand man den Rest des Raubes. Beide Verdächtige wurden vom Kreisgerichte in Prag wegen räuberischen Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Todesstrafe ist zuerst an Kuchar, dann an Janovsky zu vollziehen. Die gegen dieses Urteil eingebrachte Rechtsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichtshof in Brünn verworfen, das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

Sittlichkeitsverbrechen eines Meisters an seinem Lehrling. Der Lehrling Ad. Helatko aus Rakitz, der bei dem Maler- und Antstreichermeister Macha in Deutschgramm in Niederösterreich nun schon 14 Monate lernt, hat sich — wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet — eines Tages im Heber an den Leiter der Lehrlingsberatungsstelle Sabil um Hilfe gewendet, da ihn sein Meister mißhandeln wolle. Bei der sofortigen Intervention der Lehrlingsberatungsstelle erhob der Lehrling vor Zeugen die Anklage, daß sein Meister an ihm ein Sittlichkeitsverbrechen auf dem Dachboden des Wohnhauses begangen habe. Das hierauf bei der Gemeinde und bei der Gendarmerie verfaßte Protokoll ergab eine umfassende und unwillkürliche Schuld des Meisters. Es wurde sogar noch erwiesen, daß sich der Meister schon an einem früher beschäftigten Lehrling namens F. Gladil aus Petrovitz vergangen habe. Zur dem Verweigerungsausbruch des Lehrlings ist es zu verdanken, daß diese Rützel ans Licht kam. Der Meister ist nun krampfhaft bemüht, die Angelegenheit zu vertuschen. Er hat sich sogar schon an den Gewerksbund gewendet und diesen von seiner „Unschuld zu überzeugen“ getrachtet; weiter versuchte er, mit Hilfe eines Verwandten, den Leiter der Lehrlingsberatungsstelle zu beeinflussen, die Angelegenheit auf ein Nebengeleise zu schieben. Die Lehrlingsberatungsstelle der Arbeit-Kammer hat den Fall bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Der Held im Schatten.

Roman von Carl Bröger. (20)

„Ich lebe, obwohl besser für mich wäre, etwas anderes zu tun. Warum lebe ich? Weil du es zugelassen hast aus deiner unerforschlichen Gnade und Barmherzigkeit, ohne mich erst zu fragen, mich, der dich nicht um dein Leben gebeten hat. Ich könnte mich ja umbringen. Dann wäre alles aus, und ich hätte dir das Geschenk vor die Füße geworfen, das du mir einst aufgedrungen hast. Aber ich werde leben bleiben. Denn ich glaube an mich, nur an mich, und mutmaßen, daß eben das der Grund deiner Miskunst ist. Ich fordere dich nun erst recht heraus. Ungleich ist der Kampf, ich weiß es. Dir steht alle Macht und Herrlichkeit zu Gebot, ich habe nichts als meinen Willen, meinen stahlharten Willen. Er steht über uns beiden. An ihm wird einer von uns zerbrechen. Ich weiß, daß du es sein wirst. Wähte ich das nicht so selbstgefällig, mein Kampf gegen dich wäre nur Luftschere. Heute bin ich ohne Lbdach. Du schläfst in deinem siebenmal sieben Stimmeln, wohin kein Nordwind eisig bläst. Kahlkopf komm heraus! Hehe wieder die Wären auf mich, und freu' dich, wenn sie den vorwichtigen Haken zerreißen. Du freust dich ja über alles, was vor der Zeit fällt. Wären alle Wären, die deiner gespottet haben, Männer geworden, deines Reiches Ende wäre nahe. Und nun geh ich hinaus in die kalte Nacht, dir zu Fort und Trost, und beschle mich der Hut des dreieinigen Teufels. Amen! Der Held im Schatten.“

Heiß heizte der Born dieser Zeilen die durchfrostene Seele. Die Haut grünlich geballt, ging Ernst aus der Halle. Wohin jetzt? . . . Geld hatte

Kleine Chronik.

Fledertypus in Ungarn. In Komitot Hebes ist in vier Gemeinden unter den dort wohnenden Zigeunern Fledertypus ausgebrochen. Von 250 Erkrankten sind bereits zwei Todesfälle von der Krankheit ergriffen. Das Volkswohlfahrtsministerium hat strenge Maßnahmen zur Isolierung dieser Orte getroffen.

Schreckensstat eines Familienvaters. Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in Mänter in der Wohnung des Arbeiters Hoffkulte, der auf seine drei Kinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren schoß und sie so schwer verletzte, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Sie erhielten alle drei Kopfschüsse. Nach der Tat tötete sich Hoffkulte selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Seltener Doppelraubmord. Wie aus Graz gemeldet wird, wurden am 4. d. M. im Rastauerhof die verstümmelten Leichen zweier Männer aufgefunden, die man früher in Gesellschaft von drei Freunden, angeblich Leipsigern, gesehen hatte, die mit ihnen um zwei Manuskripte feilschten. Obwohl die Fremden eine hohe Geldsumme boten, kam es zu keinem endgültigen Abschluß. All fünf Personen unternahmen dann zusammen einen Ausflug in die Berge, wovon keiner zurückkam. Man vermutet, daß es sich um einen Doppelraubmord handelt. Bisher wurde festgestellt, daß die Täter über die Täuerer entflohen sind. Man kennt weder die Opfer noch die Täter.

Italiens Großstädte. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1921 gehört Italien zu denjenigen Ländern Europas, die die stärkste Bevölkerungszunahme aufweisen. An dem genannten Stichtag betrug die Gesamtbevölkerung des Königreiches 38.8 Millionen Einwohner, gegenüber 34.6 Millionen im Jahre 1911. Dabei ist einmal der Bevölkerungsrückgang infolge des Krieges, andererseits der Gebietszuwachs durch den Vertrag von Versailles zu berücksichtigen, der rund 26.000 Quadratkilometer betrug und das Gebiet des vergrößerter Italien auf 312.510 Quadratkilometer anwachsen ließ. Die größte Stadt Italiens ist mit 780.000 Seelen immer noch Neapel; dann folgt mit 718.000 Einwohnern Mailand. Erst an dritter Stelle steht Rom mit 680.000 Seelen; hier war die absolute Zunahme seit der vorigen Volkszählung aber größer als in Neapel und Mailand. An vierter Stelle steht Turin mit 517.000 Einwohnern, an fünfter mit 400.000 Seelen. Es folgen mit 301.000 Bewohnern Genua, mit 254.000 Seelen Florenz und 252.000 Einwohnern Catania. Bologna hat 211.000, Venedig 171.000, Messina 174.000, Bari 132.000, Livorno 115.000, Padua 112.000, Ferrara 108.000 Einwohner. Diefen Großstädten am nächsten stehen Brescia mit 96.000 und Verona mit 92.000 Einwohnern. 89.000 Seelen beherbergt die Stadt Faenza. Reggio (Emilia) hat 83.000, Modena 82.000 Bewohner. In Alessandria leben 78.000 Menschen, ebensoviel in Lucca, dem bekannten Badeort, während Perugia 73.000, Ravenna 72.000 und Trapani 71.000 Einwohner hat.

Londoner Blumenbedarf. Die Seilly-Inseln, die im Atlantischen Ozean 40 Kilometer westlich vom Kap Landend gelegene Inselgruppe sind für die Gemüse- und insbesondere für die Blumenversorgung Londons das, was Werder für die Obstversorgung von Berlin bedeutet. Auf dem 1424 Hektar umfassenden Gelände der 140 Inselchen der Gruppe ist jeder Fußbreit Landes mit Hunderten von Männern, Frauen und Kindern besetzt, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang mit der Pflanze der Blumen, die auf den Felseninseln in üppiger Fülle wachsen, beschäftigt sind. Es ist keine Zeit zu verlieren; denn die Saison ist kurz und der Bedarf Londons groß. Um welche ausgedehnte Zucht es sich hier handelt, ergibt sich aus dem Umstand, daß die Seilly-Inseln in der letzten Saison über 700 Tonnen Blu-

men auf den Londoner Markt geliefert haben. Und obwohl im vergangenen Herbst über 180 Tonnen Blumenwurzeln nach dem Mutterland und dem Ausland ausgeführt wurden, besteht kein Zweifel, daß in dieser Saison die vorjährige Verkaufsziffer noch weit überschritten werden wird. Gut doch ein einziger der dem Verband der Blumenzüchter gehörenden Dampfer in der vergangenen Woche nicht weniger als 23 Tonnen Blumen verfrachtet. Was das bedeutet, erhellt aus der Berechnung, daß diese Ladung 2.085.000 Blumen enthält, die im Verlauf von 48 Stunden geknickt, verpackt und verschifft wurden. Die Blumen werden, nachdem sie abgeknickt worden sind, in Bündel von je vier Dutzend Blüten zusammengebunden und in die Verbandshäuser gebracht, wo sie 12 Stunden lang im Wasserbad verbleiben, in dem sie sich zu voller Farbenblüte und Frische entwickeln.

Gerichtssaal.

Obwohl er betrunken war!

Verurteilung wegen Billigung des Attentates gegen Dr. Kasin.

Prag, 8. März. Am 7. Jänner, zwei Tage nach dem Attentate gegen Dr. Kasin, fuhr um die achte Abendstunde der Hilfsarbeiter Johann Pejsa mit einem Wagen der 14er Linie nach dem Prager Vorort Kofchirsch hinaus. Pejsa war stark betrunken und hatte sich daher instinktiv auf die vordere Plattform des Wagens gestellt, wo bekanntlich ein starker Luftzug herrscht. Dort stand auch der Polizeirevierinspektor Bares, der sich mit dem Wagenführer Koula über das Attentat gegen Dr. Kasin unterhielt. Pejsa, der hin und wieder ein Wort verstand, fühlte sich bemächtigt, zur der Unterhaltung auch etwas beizutragen. Allerdings war er sehr erstaunt, als ihn bei der nächsten Station ein Wadmann verhaftete und ihn dann der Prozeß wegen Vergehens gegen § 95 (Billigung einer strafbaren Handlung) machte. Denn Zeugen bestätigten, daß Pejsa gesagt haben soll: „Es ist ihm ganz recht geschehen. Man sollte noch 20 solcher Pumpen abschicken!“ Die Zeugen mußten jedoch zugeben, daß Pejsa vollständig betrunken gewesen sei. Der Angeklagte erklärte heute, daß er sich auf nichts erinnern konnte, da er tatsächlich etwas viel über den Durst getrunken habe. Der Strafensatz nahm die Trunkenheit nur als mildernden Umstand an und verurteilte Pejsa zu vierzehn Tagen strengen Arrest.

Horthy-Ausflug.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Der Debrecziner Gerichtshof verurteilte heute den Redakteur der „Nikolajker Morgenzeitung“ zu einem Monat Gefängnis und 10.000 K Geldstrafe, weil er die „Erwachen Ungarn“ beschimpft hat. Während der Verhandlung erklärte der Staatsanwalt, es wäre das Beste, wenn er mit einem Gerichtsdiener in die Redaktionen einzelner Blätter gehen und diejenigen Redakteure, die mißliche Artikel schreiben, mit 50 Stockhieben bestrafen könnte.

Nachspiel zur Anwesenheit Ludendorffs in Klagenfurt.

Ein Klassenurteil.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Das Bezirksgericht in Klagenfurt hat vorgestern gegen fünf Personen verhandelt, die angeklagt waren, anlässlich der Anwesenheit des Generals Ludendorff das Verbrechen und Vergehen des Aufruhrs, des Auslaufes und der öffentlichen Gewalttätigkeit begangen zu haben. Ein Angeklagter wurde zu zwei Monaten Kerker, ein anderer zu 14 Tagen Arrest, die übrigen bedingt zu je 14 Tagen Arrest verurteilt. Die Verurteilten sind Arbeiter, die sich an den Kundgebungen gegen Ludendorff beteiligt haben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Rechnungsabschluss für 1918—19.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses richtet vor Eingehen in die Tagesordnung Abg. Genosse Taub an den Vorsitzenden das nochmalige bringende Ersuchen, daß den Mitgliedern des Budgetausschusses vom Finanzministerium endlich über den genauen Stand der Staatsschuld an die Vereinigten Staaten Amerikas berichtet wird. Ebenso ersucht Abg. Genosse Taub um genaue Aufklärung über die Gebahrung der Staatsgeldtreueanstalt. Abg. Erdinko erstattete hierauf den Bericht des Subkomitees über die Rechnungslegung für die Jahre 1918—19. Abg. Genosse Taub abte an diesem Verichte Kritik und erklärte, daß der Rechnungsbuchbericht nicht so abgefaßt ist, wie es zweckmäßig und wünschenswert wäre. Wenn Sie (zu den Koalitionen gewendet) auf andere Staaten hinweisen, so nehmen Sie sich auch ein Beispiel an England, wo der Beratung des Rechnungsbuchberichtes ebensoviel Zeit gewidmet wird, wie jener des Voranschlags und wo der Rechnungsbuchbericht, in allen Details gut ausgearbeitet, ein vollständig klares Bild des Staatshaushaltes gibt, was die uns vorgelegten Verichte vollständig vermissen lassen. Die Mehrheit des Ausschusses genehmigte die Verichte ohne Aenderung.

Am Schlusse der Sitzung verlas Abg. Gen. Taub darauf, daß in der vorletzten Sitzung des Hauses die Regierungsvorlage auf Errichtung des Staatsgerichtshofes angenommen worden ist. Diese Regierungsvorlage sieht die Schaffung einer Reihe von Senaten vor, die gewiß mit bedeutenden Kosten verbunden sein werden, für die im Voranschlage keine Bedeckung vorhanden ist. Das beschlossene Gesetz belastet also den Staatshaushalt und es hätte gemäß der floren Fassung des Paragraph 24 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses dem Budgetausschusse zur Berichterstattung hinsichtlich der Bedeckung abgetreten werden müssen. Es liegt also eine offensichtliche Verletzung der Geschäftsordnung vor und der Herr Vorsitzende möge erklären, womit er dieser Bruch der Geschäftsordnung rechtfertigt und was er vorzuschreiben gedenkt, daß in Zukunft sich Ähnliches nicht wiederholt. Der Vorsitzende stammelte eine Entschuldigung.

Einigung im Österr. Revier. Wie die „Lidove Noviny“ melden, fanden Dienstag und Mittwoch im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag Beratungen zwischen den Vertretern der Kohlengrubenbesitzer im Österr. Revier und den Vertretern der Bergarbeiter statt. In der Hauptfrage, der Achtstundenschicht am Samstag, wurde infolgedessen ein Einvernehmen erzielt, als die Arbeiterchaft mit Rücksicht auf die Lage der Kohlenindustrie der Achtstundenschicht am Samstag zustimmt, daß aber die zwei Stunden, die nun am Samstag mehr gearbeitet wird, besonders vergütet werden. Die Vereinbarung soll bis Ende Mai gelten und wird der Direktorenkonferenz in Mährisch-Osttau sowie der Betriebsratkonferenz des Reviers vorgelegt werden.

Herabsetzung der Tarife einzelner Waren-gattungen. Amtlich wird gemeldet: Laut Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 22. Feber 1923 Nr. 11.690—III/2 wurden vom 1. März 1923 an neuerlich Nachlässe für Verfrachtung von Textilien und Rohstoffen, die zu ihrer Erzeugung notwendig sind, für Eisen, Stahl und Erzeugnisse daraus, landwirtschaftliche Geräte, Gummitwaren, Glaswaren, Zementwaren und Keramik in der Weise gewährt, daß die angeführten Waren-gattungen durchwegs in die Vorkriegstarifklassen umklassifiziert worden sind. Es wurden demnach neuerdings 50prozentige und noch höhere Frachtnachlässe gewährt, wodurch der Staat dem Konsum ein Opfer von zumindest 250 Millionen Kr

Ernst Löhner hemmte den Fuß und blieb gebannt vor dem Turm stehen. Ihm war, als reichte der starke Gefell eine Hand herüber und brunnste: „Nur nicht gewankt! Solange du Grund unter den Beinen fühlst, wird gestanden!“ Die ganze Umwallung zwischen innerer Stadt und Worten hatte Ernst umkreist, ein Weg von zwei Stunden. Wenn er den Gang wieder vollendet hatte, war der Morgen da.

Nachtschwärmer kreuzten den Weg, in warme Mäntel gewickelt, den Kragen aufgeschlagen, und vergnügt vor sich hin pfeifend. „Holla, Nachbar, langsam! Sie haben ja Ihren Ueberzieher vergessen!“

Verächtlich auspuddend, murmelte Ernst nur: „Blöde Gesellschaft! Viehzeug!“ und setzte seinen Gang fort. Die Kerle hockten sich jetzt wahrscheinlich noch in eine warme Kneipe, schwatzen dumm und quälten sich Wäre ab über den Mann ohne Ueberzieher. Tiere sind es, die zufällig aufrecht laufen! Nicht man ihnen den Schneider aus, so bleibt nur eine mit Dummheit und Gemeinheit ausgefloppte Haut. Hatten diese Kerle seit Stunden etwas Gedacht? Sein kleiner Finger enthielt mehr Gehirn, als die Bande im Kopf trug. Sie rumorteten in der Nacht herum, die ihm die besten und tiefsten Gedanken schenkt, und bringen nichts davon als eintigen Pörm, der bald weder verpufft ist.

Sein Verus ist, die Welt zu fühlen. Ein schmerzlicher Verus und doch überschwänglich schön! Millionen Menschen schlafen jetzt im weichen Bett. Sie denken nichts und fühlen nichts, treiben ganz auf dem Grund der Welt, der sie wie ein Strom überspült, und ziehen morgens nur elende Trümmer an den Strand des Bewußtseins. Er war für alle Zeiten zum Wächter bestellt, zum Wächter der schlafenden Welt, er,

Ernst Löhner, ein Auserwählter in Geist und Gnade. Den Schritt an das Maß der Verse bindend, sprach Ernst erschüttert und wunderbar gefährt:

Du hast mich, o gewaltiger Gott, zu deinem Rüstzeug auserwählt, hast mit Begeisterung, Born und Spott mich durch und durch für dich gefährt. Ich bin ein irreer Junke bloß aus deinem ewigen Feuermeer, doch vor der Menschheit schreit ich groß noch durch Jahrhunderte einher. Soll denn mein ganzer Lebenslauf ein einziger Wonneshauer sein? Ein heißes Dankgebet hinauf? Ein weicher Freundetränenschein? Nein, Herr, ich raffe mich empor, mich rüttelnd, daß mein Hornisch dröhnt! Erst an des Todes dunklem Tor sei Schlachtgelang zum Palm verschönt.

Die beiden: Schluchzweilen wiederholte Ernst mit starker, geroffter Stimme langsam Wort für Wort. Sein Gesicht, hager, scharf gebuchtet und ganz Ausdruck des inneren Gelübdes, war nach den Augen gewendet. Dort stiegen sich graue, dübbäuhige Wolken in wirre Dauen geballt und jedes Licht mit breiten Rücken verdeckend . . .

Vom Turm der Georgskirche schwebten sich fünf dumpfe Glodenschläge. Sie flatterten wie große, schwarze Vögel und schwebten langsamen Fluges über die Stadt. Die Volksfläche wurde geöffnet. Nach dem vierundzwanzig Mährisch in fühler, feuchter Novembernacht spürte Ernst Verlangen, sich hinzusetzen, anzurubeln, vielleicht auch zu döseln, wenn niemand dagegen war. Zwanzig Menschen warteten schon auf Einlaß. (Fortsetzung folgt.)

bringt im Bestreben, daß diese Verbilligung den Monumenten zugute komme und nicht in den Händen des Zwischenhandels bleibe und so das bedeutende Opfer des Staates ergebnislos bleibe.

Ein Komotauer Bauprojekt. In einer Komotauer Versammlung des Komotauer Mietervereins legte der Obmann des Vereines Genosse Bizebürgermeister Weigel einen Vorschlag vor, einen Wohnungsbauhof zu schaffen, aus dem Kosten für Neubauten bestritten werden sollen. Der Hof wäre aufzubringen durch einen 11- bis 12prozentigen Zuschlag zum Wasserzins und durch eine Beissteuer der Gemeinde aus dem laufenden Ertragnis des Wasserzinses. Würde beispielsweise der Wasserzins um 10 Prozent erhöht und würde die Stadtgemeinde auf weitere 10 Prozent des ihr zustehenden Wasserzinses zugunsten des Wohnungsbauhofes verzichten, so ergäbe das eine jährliche Einnahme von 190.000 Kronen für gemeinnützige Bauzwecke. Diese 190.000 Kronen könnten zur laufenden Verzinsung eines aufzunehmenden Darlehens in der Höhe von 2,5 Millionen Kronen verwendet werden und mit diesem Betrage wäre es möglich, 70 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, zu erbauen. Diese 70 Wohnungen würden eine fühlbare Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bringen. Wird auf den Wasserzins ein 20prozentiger Zuschlag eingehoben, und nimmt man dazu die Beissteuer von 10 Prozent durch die Gemeinde, dann kommt eine Jahressumme von 25.000 K heraus, die kapitalisiert (als Darlehensverzinsung verwendet) ein Baukapital von 4 Millionen K ergibt, von welchen 100 neue Wohnungen geschaffen werden könnten. Die ganze Aktion würde nebenbei eine bedeutsame Vermehrung des Realbesitzes der Stadtgemeinde bringen, denn die neuen Wohnhäuser würden nach 20 Jahren in das Eigentum der Stadt übergehen. Somit kann mit voller Berechtigung verlangt werden, daß die Gemeinde zur Bauförderung eine weitere Million zuschießt, die dadurch auf 5 Millionen anwachsen würde. Mit dieser Summe könnten 80 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, 30 Wohnungen zu je 2 Zimmer und Küche, zusammen 110 Wohnungen gebaut werden. 110 neue Wohnungen bedeuten für Komotau eine erhebliche Milderung, wenn nicht eine Beseitigung der Wohnungsnot. Die finanziellen Opfer, die zur Schaffung des Wohnungsbauhofes erforderlich sind, könnten durch die Art der Einhebung in sozial gerechter Weise

verteilt werden. Für einen Wohnraum macht die monatliche Erhöhung des Wasserzinses bei einem Zuschlag von 10 Prozent 28 Heller, bei 20 Prozent 56 Heller aus. Es wurde beschlossen, das Projekt einer in der nächsten Zeit zu veranstaltenden öffentlichen Mieterversammlung zu unterbreiten. Der Versuch, auf diese Weise der Wohnungsnot wenigstens teilweise abzuhelfen, ist jedenfalls der Beachtung wert.

Warenumschlagsteuer in Oesterreich. Auch in Oesterreich tritt am 1. April eine Warenumschlagsteuer in Kraft, die bis zum 1. Jänner 1924 ein Prozent, später zwei Prozent betragen wird. Der Ertrag der neuen Umsatzsteuer wird im ersten Jahr auf eine Billion veranschlagt.

Reformen in der deutschen Finanzwirtschaft. Wie die Berliner Blätter mitteilen, hat die Reichsregierung auf Vorschlag des Sparkommissars Soemich beschlossen, dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche das Reichsschatzministerium zum 1. April 1923 aufgelöst wird. Die Agenden des Reichsschatzministeriums sollen auf andere Reichsministerien, hauptsächlich auf das Reichswirtschaftsministerium, verteilt werden. Die von der Industrieabteilung des Reichsschatzministeriums verwalteten Vermögen des Reiches sollen auf eine Aktiengesellschaft übertragen werden.

Ruhrbelegung und Frankreichs Wirtschaft. Die französische Zeitung „Deuvre“ veröffentlicht einige Berichte aus der französischen Eisenindustrie, um zu zeigen, daß die Besetzung des Ruhrgebietes vorläufig in keiner Weise den Versprechungen gerecht geworden ist, die die Regierung gemacht hat. Sie zitiert die „Revue industrielle de l'Est“, welche schreibt: „Durch die Lage in der Industrie werden die Gruben gezwungen, ihre Förderung zu vermindern. Zahlreiche Hochöfen müssen ausgedient werden, da der Koks fehlt. Unsere Expedition an die Ruhr hat noch keinen produktiven Erfolg gezeitigt. Während die algerischen Kohlenbänken sich in ausgezeichnetem Zustand befinden, England mehrere seiner Hochöfen wieder in Betrieb gesetzt hat, die spanischen Erze von immer besserer Beschaffenheit werden, und ebenso die schwedischen Erze, die mehr und mehr an die deutschen Hochöfen geliefert werden, ist unsere Förderung im Osten durch das Fehlen der französischen Hochöfen als Rückhänger und die fast vollkommene Einstellung der Ausfuhr nach Deutschland lahmgelegt. Die Schwierigkeit in der Ver-

orgung mit Koks wird für unsere Hochöfen immer größer und einer nach dem andern wird ausgeblasen. Dieser unangenehme Zustand wird zwar wohl bald ein Ende haben, denn die Kohlenlieferungen dürften sich bald wieder einstellen, wenn auch sicherlich nicht in völlig genügender Ausmaß. Bedeutende Aufträge für Koks müssen zu hohen Preisen in England untergebracht werden. In der Gußeisenindustrie, so fährt die Revue fort, wird die Lage immer schwieriger. Es werden riesenhafte Preise für Kohle gezahlt, und diese Preise sind unsicher und ändern sich fortwährend. Wenn genügend Koks für die Hochöfen vorhanden wäre, so wäre, im ganzen genommen, die augenblickliche industrielle Lage zufriedenstellend. Man müsse hoffen, daß die Aktion im Ruhrgebiet möglichst bald ihre Früchte zeigen wird.“ „L'Deuvre“ zitiert dann weiter Äußerungen von Mitgliedern des Hüttenverbandes. Dori habe man erklärt, jeder ziehe sich so gut aus der Affäre, wie er kann. Man hüte sich, die volle Wahrheit zu sagen. Die Arbeitslosigkeit sei jedoch überall sichtbar. Weiter berichtet das Blatt, die Gesellschaft der östlichen Eisenwarenfabriken habe ihrer Kundenschaft mitgeteilt, daß sie ihre Aufträge nicht ausführen könne und die Kontrakte annulliere wegen der fortgesetzten Preissteigerung für Rohmaterialien. Ferner habe man im Hüttenverband erklärt, daß viele Hochöfen ausgeblasen werden müßten, weil der westfälische Koks fehlt. Die Rücksicht auf die politische Lage verbiete aber, Weiteres darüber mitzuteilen.

Krupp und die Petersburger Putiloffwerke. Das Wolffsbureau weiß zu melden: Die im Ausland immer wieder auftauchenden Nachrichten von einer Übernahme der Putiloffwerke durch die Firma Krupp beruhen, wie die Firma Krupp feststellt, ausnahmslos auf freier Erfindung. Die Firma Krupp war und ist in keiner Weise weder mittelbar noch unmittelbar mit der Herstellung von Kriegsmaterial in Rußland beschäftigt. Auch haben keinerlei Verhandlungen in dieser Hinsicht stattgefunden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris 240. Frank 15'95.00
Berlin Mark 580.00
Wien öherr. Kr. 2125

Währlicher Wechselkurs.

Table with 3 columns: City, Gold, Ware. Includes entries for Paris, London, Berlin, Prag, etc.

Prager Kurse.

Table with 3 columns: Quantity, Gold, Ware. Includes entries for 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, etc.

Turnen und Sport.

Eishockey. Die ersten Wettspiele in der Eishockeymeisterschaft von Europa wurden Mittwoch abends im Palais de Glace ausgetragen. Schweden siegte gegen die Tschechoslowakei mit 4-2 (1-1) und Frankreich schlug Belgien mit 4-1.
Süddeutschland gegen Oesterreich. Für das am 18. März in Wien zum siebenten Male zum Austrag kommende Treffen der repräsentativen Fußballmannschaften von Süddeutschland und Oesterreich hat der Süddeutsche Fußballverband folgende Mannschaft aufgestellt: Stuhlfaut (1. FC. Nürnberg); Dr. S. Reu (Vorrussia Neunkirchen), Koller (1. FC. Forstheim); Kiegel (1. FC. Nürnberg), Räder (VfB. Stuttgart), Wegel (1. FC. Forstheim); Wunderlich (Stuttgarter Kickers), Bopp (1. FC. Nürnberg), Hartmann (Spielvereinigung Feuerbach), Manoval (Stuttgarter Kickers), Kaufmann (Vorrussia Neunkirchen). Die bisherigen Kämpfe haben den Süden dreimal, Oesterreich zweimal besiegt. 1920 trennten sich die Mannschaften in München 1:1. — Die diesmal von Süddeutschland aufgestellte Mannschaft stellt die zweite Garnitur dar.

OETKERS REZEPTBUCH T mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlspeisen u. Backereien stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- u. Kochschulen umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an Dr. OETKER's Backpulver-Werke 104 Berlin

Kunst und Wissen.
Minderheitsrecht und internationale Gerichtsbarkeit. Ueber dieses Thema sprach Mittwoch, den 7. d. M. im Spiegelssaal des Deutschen Hauses über Einladung der Deutschen Völkerverbündigen Professor Dr. Rudolf Lann aus Hamburg. Der Vortragende verwies zunächst darauf, daß es unmöglich sei, ein positives Programm, welches sofort in allen Teilen verwirklicht werden könnte, zu geben. Es sei nur möglich, allgemeine Thesen zur Diskussion zu stellen und durch diese auflärend zu wirken. Die Frage, ob eine internationale Gerichtsbarkeit im Interesse der Minderheiten einsetzbares überhaupt wünschenswert sei, müsse bejaht werden, da sonst der Völkerverbund das einzige Forum zur Entscheidung solcher Streitfragen wäre, der Völkerverbund, der heute keine objektive Instanz sein kann. Nun entsteht die Frage, wie ein internationales Gericht einzurichten wäre. Das Gericht vom Haag wird durch Wahlen auf Grund von Vorschlägen des Völkerverbundes eingesetzt. Es fehlt die Parität, da im Völkerverbund die Gegner Deutschlands die führende Rolle haben, so daß von ein Richter nur vier aus neutralen Staaten stammen. Nun ist es unmöglich, Gesetze, die internationale Geltung haben, so scharf zu fassen, daß sie überall genau dieselbe Deutung und Auslegung erfahren. Jeder Richter ist von seinem Rechtsgesühl beeinflusst, auf das wieder sein Nationalgefühl einwirkt. Ein internationales Gericht wird also nur dann über den Parteien stehen können, wenn es sich in nationaler Beziehung paritätisch zusammensetzt. Eine Milderung des heutigen Julianus wäre es, wenn jeder Streitteil einige der Richter ablehnen könnte (Vorschlag Lannmasch). Auch die Frage, wer zur Prozeßführung legitimiert sein soll, harri noch einer befriedigenden Lösung. Heute können als Kläger nur Staaten auftreten, nicht aber die Minoritäten eines Staates, die ihre Klage nur durch einen anderen Staat vorbringen können. Es versteht sich von selbst, wie bedeutsam die Forderung ist, daß die Minorität selbst als Partei auftreten kann. Die Voraussetzung dafür aber wäre die Klärung der Frage, wer namens der Minoritätensnation zu sprechen berechtigt ist. Am besten würde es wohl noch durch einen obersten Verband aller Selbstverwaltungsorgane dargestellt. Heute können Staaten nur geklagt werden, wenn sie selbst es wollen, weil Kläger und Beklagte zustimmen müssen, daß das Schiedsgericht eingeschlagen kann. Das ist ein unzulänglicher Zustand. Mindestens ein moralischer Zwang muß ausgeübt werden können, sonst ist das ganze Gerichtsverfahren hinfällig. Was für Mittel bestehen nun, Urteilen Geltung zu verschaffen? Heute mangelt jedes Zwangsmittel, man müßte mindestens für eine Publizierung der Urteile im weitesten Kreise sorgen können, und zwar auf Kosten des verurteilten Staates.

Voraussetzung einer wirksamen Rechtsprechung ist ein festes internationales Recht. Minister und Diplomaten lieben es nicht, sich zu binden. Auch so schöne Entwürfe über das Internationale Recht wurden deshalb von den Staatsmännern bisher planmäßig verwässert, absichtlich in unklare Forderungen gebracht. Bis zu einem gewissen Grade ist es auch unvermeidbar, daß beim freien Ermessen des Gerichtes ein gewisser Spielraum gewahrt bleibe, weil vermöge der innerstaatlichen Gesetzgebung doch jedem Staate die Möglichkeit unterkommen bleibt, Minoritäten wenigstens durch die Handhabung der Gesetze zu benachteiligen. Die Anforderungen an eine internationale Gerichtsbarkeit sind also nicht geringe. Die aufgestellten Prinzipien könnten aber als Grundlage dienen. Mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, die Einheitslichkeit in den Zielen der Auslandspolitik des Deutschen Reiches mit den Bestrebungen der Auslandsdeutschen zu erreichen, schloß der Vortragende seine interessanten Darlegungen, für die ihm die Versammelten durch reichen Beifall dankten.
Neues Theater. Heute, Freitag, die erfolgreichen neuen Hindemith-Opern „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sancta Susanna“ u. „Das Rusch-Rusch“. Dirigent Zemlin. Morgen, Samstag, Operettenpremiere „Apachen“. Sonntag erste Wiederholung.
Kleine Bühne. Heute, Freitag, Vorstandsvorstellung „Angehörig“; morgen, Samstag abends, und Sonntag nachmittags neu studiert der lustige Schulschauspiel „Extemporale“. Sonntag abends das Schönherr-Drama „Es“.
Arbeitervorstellung. Gaspel Kubla, „Zigeunerbaron“. Sonntag, nachmittags halb 3 Uhr, Neues Theater. Kartenerwerb auf Opifer Deutsch, Graben Nr. 25 (Kleiner Hof).
Aus der Partei.
Die Kreisorganisation Eger hat mit 1. März 1923 ihr Parteisekretariat errichtet, mit dessen Leitung Genosse Rudolf Ziska betraut wurde. Die Lokalorganisationen des Kreises Eger mögen in Zukunft alle das Sekretariat oder die Kreisorganisation betreffendes Zuschriften an folgende Adresse senden: Kreissekretariat der sozialdemokratischen Partei in Eger, Marktplatz 28.
Bereinsnachrichten.
Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, 11. März, ins Liboschitz. Abf. 7.57 Uhr, Penz. Führer: Gregora. — Samstag, 10. März: Café „Nizza“, Führerführung um halb 7 Uhr. Ab 9 Uhr Vereinsabend. — Freitag, 16. März: Volkstim-

licher Vortrag „Duer durch Alt-Prag“. Dr. Kamin Klein. Im kleinen Urania-Saal. Karten an der Urania-Kassa und „Göc.“, Fügnerovo nam. 4, zu 2, resp. 3 K. Gäste willkommen! Beginn 8 Uhr abends. — Unser Unterhaltungsabend findet am 7. April statt. 1478
Mittelungen aus dem Publikum.
Die bedeutenden Grippe-Erkrankungen der Vorjahre sind in der letzten Zeit gewaltig gesunken. — Es schloß wohl keine Familie, welche nicht mindestens ein Opfer an Grippe zu beklagen hatte und haben dann sämtliche Rettungsversuche oft verfehlt. — Es ist sehr verwunderlich, daß gerade heuer, bei den schlechten Witterungsverhältnissen diese Krankheitsfälle häufiger auftreten, was dank Umsicht der breiten Öffentlichkeit zuzurechnen ist, welche hauptsächlich die gefährliche Rasse von den Frühen ferngehalten trachteten. In dieser Hinsicht leisten die Palma-Kautschuk-Sohlen und -Abfälle ganz unermeßliche Dienste, welche zu sabelhaft billigen Preisen jedermann zugänglich sind und in Qualität und Dauerhaftigkeit jeder weit übertreten. 1443a
Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holtz.
Wo verkehren wir?
Café Continental, 1068 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 1068 Prag-Nezanka.
Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smetchy 22 (Urania). 1060
Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich 12 PRAG II., Hybernská
Konzert. Nr. 7.
Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.
Teplitz-Schönau.
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Vitello Delikatess
Diese Marke bürgt für beste Qualität
Bio-Programm vom 9. bis 15. März
Lido-Bio Lustspiel: „Die verrückte Hochzeit“
in 5 Akten. „Lassen Sie sich verjüngen!“ in 4 Teilen.
BIO SANSSOUCI
Premiere! Ausschließliches Vorführungsrecht für Prag.
„Ein Kind der Pariser Gasse“
Spannender Roman eines verlassenen Mädchens.
Außerdem:
„Discoi und sein Hund“ Großes Lustspiel.